

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringelohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — Postfach Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4590

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelleile oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorrat 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk., Reklame-Kolonelleile 7.50 Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahmen für die tägliche Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweigelächte und alle Postanstalten entgegen.

200000 Mann bewaffnete Gegenrevolutionäre! Neues Orgech-Material.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Halle: Die Prüfung des Materials, das bei dem Leutnant Eger nach langen Bemühungen in dem Geschäftszimmer Egers in der Kaserne beschlagnahmt wurde, hat zu interessanten Enthüllungen geführt. Es ist einwandfrei der Zusammenhang des Treubundes, des Studentenkorps und anderer Verbände mit den militärischen Stellen festgestellt worden. Besonders ist ersichtlich, daß, wenn es zum Vorschlagen kommen sollte, die Mittel hierzu aus militärischen Fonds genommen werden sollen. So wurde ein Schriftstück beschlagnahmt, das einen Vorschlag über die Ausgaben darstellt, und in dem u. a. die Frage der Vöhung und der Organisation überhaupt behandelt wird und der neben Ausgaben für Werbeposten auch Unterhaltung für im Kampf Verletzte vorzählt. Aus einem weiteren Beleg geht hervor, auf wieviel Mannschaften man ungefähr bei Zusammenfassung sämtlicher Verbände der Orgech rechnen könnte. U. a. wird beispielsweise angegeben, daß nach Egerich das Landeshülfenregiment, die Zeitsfreiwilligen und die Einwohnerwehren mit dem Militär, auf das man rechnen kann, ungefähr 200000 Mann anomaden würden. — Ein weiteres Schriftstück gibt Auskunft über die Bestrebungen im Regierungsbezirk Merseburg. In diesem wird mitgeteilt, daß die Verbände und Bestrebungen der Orgech dort lebhaften Auslauf gefunden haben. Von einer Sitzung, die in Merseburg stattfand, wird mitgeteilt, daß in Halle der Mitteldeutsche Treubund gegründet wurde und daß die früheren Einwohnerwehren und Zeitsfreiwilligen ebenso wie der Landbund gewonnen sind. Es sind weiter eine große Anzahl Namen von Personen aufgeführt, die an dieser Sitzung teilgenommen haben. U. a. sind verzeichnet: Schuhmacher, Regierungsrat Anselm, Rechtsanwalt Voße, Naumburg, von Herrl, ein Sohn des verstorbenen früheren Geschäftsträgers in Rom, Dr. Fraenkel, Kaufmann Weise, von Weiser, cand. jur. Trübel, cand. med. von Liebermann, sämtlich in Halle wohnhaft. Ein weiteres Schriftstück gibt Auskunft über eine am 18. April in Halle stattgehabte Sitzung der Orgech, und zwar haben nach den vorliegenden Notizen folgende Personen daran teilgenommen: Prof. Veueh, Kaufmann Weise, Kaufmann Nuße, Student Trümel, Schuhmacher, Bauer, Lühendorf, Wittig, sämtlich aus Halle. Als Programmpunkte sind angegeben: Vortrag über die gegenwärtige Lage, Gründung der Ortsgruppe Halle des Mitteldeutschen Treubundes.

Besonders interessant ist ein von dem Major Eckard, dem Vorgesetzten des Leutnants Eger, eigenhändig unterzeichnetes Schriftstück vom 5. Mai, das an das 1. Bataillon der Infanterieregiments 31 in Torgau gerichtet ist. In diesem Schriftstück werden Angaben über die Wiederaufstellung der Zeitsfreiwilligenverbände und ihren Anschluss an die Reichswehr gemacht, zu einer Zeit also, wo bekanntlich durch Verordnung des Regierungskommissars die Zeitsfreiwilligenverbände aufgelöst wurden und die Wiederaufstellung sowie jede kriegsmäßige Vorbereitung unter Strafe gestellt war (!). Aus demselben Zeit stammt ein Schreiben des Landbundes der Provinz Sachsen an den Leutnant Eger, in dem er zu einer Sitzung am 11. Mai, nachmittags 8 Uhr, im Landbureau eingeladen und als Zweck der Besprechung die Organisation eines Landbundes angegeben wird. — In dem beschlagnahmten Material befinden sich ferner noch einige Exemplare eines von dem Schriftleiter Dr. von Stegmann und einem Herrn Stein, Berlin, herausgegebenen Korrespondenzblattes, das den Titel Korrespondenzblatt Aufbau trägt. Mit diesen Exemplaren wurde die Presse beliefert und sie gingen auch den Spitzelzentralen zu. In einem Rundschreiben wird besonders erwähnt, daß die Mitteilungen auf der Rückseite nicht für die Presse, sondern zur Orientierung der Herren bestimmt sind. Die Geschäftsstelle befand sich anfangs in Berlin, Karlsplatz 10, bei Herrn Becker.

Die fortgesetzte Vernehmung des Altman ergab, daß Altman zu Protokoll erklärte, er sei von Fieschil aufgefordert worden, beschlagnahmtes Material gegen den Oberpräsidenten Hörsing und den Polizeipräsidenten Krüger zu sammeln. Fieschil erklärte, daß Altman doch jedenfalls vaterländischer Gesinnung sei und deshalb einsehen müsse, daß Hörsing und Krüger möglichst bald von ihren Posten entfernt werden müßten.

Der Korrespondent des Berliner Tageblattes erzählt weiter, daß trotz des erlassenen Verbotes der Orgech und der Einwohnerwehren in vielen Orten, so in Merzleben, Rosen, Altkoggen und einigen anderen neuerdings von einem Ingenieur namens Rudolf Wenzl Einwohnerwehren aufgestellt und mit Waffen beliefert wurden. Wenzl hat für den Kreis Langensalza eine eigene „Selbstschutzorganisation“ eingerichtet. Die Kreisbauernschaft ebenso wie der Landrat und der Kreisrat erklären, daß sie mit dieser Angelegenheit nichts zu tun haben. Die Reichswehr hingegen, die, wie festgestellt ist, auf von der Sicherheitspolizei geliehenen Wegen die Waffentransporte vorgenommen hat, hat sich zu dieser Angelegenheit noch nicht geäußert. Die Einwohnerwehren der einzelnen Orte veranlassen auf den Wegen der einzelnen Gemeinden fortlaufend Schießübungen.

Vom russisch-polnischen Kriegsschauplatz.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der Sonderberichterstatter des Berliner Lokalanzeigers meldet aus Soldau: Die russische Division hat Nachricht erhalten, daß Lemberg nach dreimaligem Sturm genommen wurde (?). In Soldau ist ein Bürgerausschuß von 21 Mitgliedern zusammen getreten, den der russische Kommandeur beauftragt hat. Da Unabhängige und Kommunisten in ihm nicht vertreten sind, wird der Bürgerausschuß heute umgebildet. Der russische Kommandeur erklärte, daß er sich in die inneren Verhältnisse nicht einmischen werde, nur sollten die Arbeiter weiter beschäftigt werden. Die Festigung der bolschewistischen polnischen Regierung in Warschau macht Fortschritte, ebenso die Bildung der polnischen Sowjetarmee, von der Teile schon auf Seiten der Russen kämpften. Auf ehemals deutschem Gebiet bilden die Russen keine Sowjets. Die Armee von ihm ist ausgezeichnet, sie ist aber vollständig von kommunistischen Ideen, die sie propagiert, durchdrungen.

Auch in Lautenburg wurde gestern eine Selbstverwaltung gebildet. Zwei Bürgerliche und ein Kommunist stehen an der Spitze. Die Bildung von bewaffneten Bürgerwehren wird gestattet unter der Bedingung, daß kein Pole unter ihnen vertreten ist.

Die Nachrichten über den Fall Warschau, die von den Polen zu dem durchsichtigen Zwecke, eine Enttäuschung zu bereiten, verbreitet wurden, bestätigen sich nicht. Ebenso müssen aber, die gleichfalls von polnischer Seite verbreiteten Nachrichten über die erfolgreiche Gegenoffensive der Polen mit größter Zurückhaltung angenommen werden. Die Meldungen sind fast widersprechend. Während die einen von einer Gegenoffensive im Norden sprechen, behaupten die andern, daß diese Gegenoffensive im Südosten begonnen habe. Auch größere Erfolge Wrangels werden plötzlich gemeldet. Das ganze Gemühten Eindrud, daß die polnische Agitation verfehlt, die militärische Lage noch unklar ist zu verurteilen. Auch die Nachrichten bürgerlicher Korrespondenten, soweit sie sich an der polnischen Front befinden, sind stark widersprechend.

Die Ausführung des Entwaffnungsgesetzes.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der V. V.) Der parlamentarische Beirat zur Entwaffnung der Bevölkerung wird am Sonnabend zu einer Sitzung zusammengetreten. Die Einberufung entspricht dem Wunsch des Reichskommisars Dr. Peters, der zur Zeit mit den Vertretern der Länder über die Ausführungsbestimmungen verhandelt. In der Sitzung des parlamentarischen Beirats soll die endgültige Fassung der Ausführungsbestimmungen des Entwaffnungsgesetzes beschlossen werden.

In dieser Sitzung wird der Reichsregierung wegen ihrer zweifelhaften Stellung zur Orgech energisch auf den Zahn gefühlt werden müssen.

Ein Revolverattentat auf Regierungsrat Haenßchel.

Aus Magdeburg wird dem B. T. unterm 17. August gemeldet: Heute vormittag kurz nach 9 Uhr wurde auf den Regierungsrat Dr. Haenßchel vom Oberpräsidium Magdeburg auf dem Domplatz ein Revolvererschuß abgegeben. Haenßchel befand sich auf dem Wege zum Oberpräsidium. Der Schuß schlug ungefähr 15 Meter von Dr. Haenßchel entfernt ein. Nach den bisherigen Feststellungen ist der Schuß aus einem Fenster des ersten Stockwerkes des in der Nähe liegenden Garzoni-Lazaretts abgegeben worden. Der Kriminalpolizei, die sofort die Untersuchung aufnahm, gelang es, die Pistole, womit der Schuß abgegeben wurde, im Lazarett zu beschlagnahmen, doch konnte der Beschützer bisher nicht festgestellt werden. Die Untersuchung, ob es sich tatsächlich um ein Attentat handelt, ist noch im Gange. Regierungsrat Haenßchel ist der Leiter der Untersuchung in der Magdeburger Spitzelangelegenheit.

Schüsse aus einem französischen Transportzug.

Leipzig, 18. August. Wie die Freie Presse meldet, wurden in der Nähe von Wiederrich aus einem französischen Transportzug vier Schüsse auf einen berittenen Schützenmann, der dort Feldwachtmeister verließ, abgegeben, die jedoch glücklicherweise sämtlich fehlgingen. Der Schützenmann, der absolut nichts mit dem Ententeza zu tun hatte, hat keinerlei Veranlassung zu dem Vorkommnis gegeben. Der Transportzug wurde daraufhin auf Station Taucha angehalten und die Taschen festgesetzt. Ob der Täter ermittelt werden konnte, war bisher nicht zu erfahren. Dem Auswärtigen Amt ist von dem Dorfwahl Kenntnis gegeben worden.

Ein in Frage gestellter deutsch-russischer Lieferungsvertrag.

Die Verhandlungen, die abguschließen sich nach Deutschland gekommen bin, haben sich technisch mit einer Schnelligkeit entwickelt, wie ich es noch niemals in einem andern Lande, und ich habe schon vor dem Kriege Verhandlungen mit Frankreich und Schweden geführt, gesehen habe. Ueber alle technischen Fragen konnten wir schnellste Einigung erzielen. Um so bedenklicher sind die Verhandlungen über die Preisfrage. Ich habe im Augenblick kaum noch große Hoffnungen, daß der äußerst wichtige Vertrag zustande kommt, wenn die deutschen Lokomotivindustriellen uns nicht erheblich entgegenkommen. Die Verhandlungen über die Preisfrage laufen nun schon seit einem Monat. Es ist ungelungen, die erste Offerte, die um mehrere Hunderttausend pro Maschine die letzte überstieg, dadurch herabzusetzen, daß wir technische Vereinfachungen und einfachere Konstruktionen anmahmen. Die Verhandlungen sind ursprünglich in Berlin geführt worden. Kurze Zeit verlegte die deutsche Industrie, die Verhandlungen nach Stockholm zu verlegen. Ich bin aber der Ansicht, daß es das Beste ist, mit den Engländern in England, mit den Schweden in Schweden und mit den Deutschen in Deutschland zu verhandeln. Die deutsche Lokomotivindustrie hat einen fest geschlossenen Konzern gebildet, der mit uns verhandelt. Man sucht auf diese Weise sich davor zu schützen, daß die konkurrierenden Firmen sich unterbieten. Ich erkläre mir die viel zu hohe Preisforderung so, daß die Kapitalisten neue Lohnforderungen befürchten und daß sie sich auf alle Fälle ihren möglichst hohen kapitalistischen Profit sichern wollen. Ich bin aber der Überzeugung, daß von diesem Gesichtspunkt aus allein diese für beide Völker so wichtige und bedeutsame Frage nicht gelöst werden kann. Das ganze deutsche Volk, vor allem die deutsche Arbeiterklasse, sind auf das lebhafteste daran interessiert, daß dieser Vertrag loyal zustande kommt.

Die russischen Lebensmittel und Rohstoffe können nur zum Export kommen, wenn es gelinzt, die Transportverhältnisse die in der Tat infolge des Krieges stark zerrüttet sind, wieder aufzubauen. Im Süden Rußlands, in Kubanien wie in Sibirien, sind große Mengen von Getreide vorhanden, aber es ist infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse nicht einmal möglich, sie nach Moskau zu transportieren. geschweige denn sie nach dem Westen Europas auszuführen. Wenn es uns auch inzwischen gelungen ist, die Transportverhältnisse aus eigener Kraft etwas zu bessern, so daß jetzt täglich zwei Personenzüge und ein Schnellzug zwischen Moskau und Petersburg verkehren können, daß weiterhin 3000 Kilometer neue Bahnlinien im Bau sind, so sind wir doch keineswegs in der Lage, aus eigener Kraft unsern Bedarf an Lokomotiven zu decken. Wir brauchen etwa 3000 Lokomotiven. Die Jahresproduktion der ganzen Welt beträgt etwa 10000. Amerika ist in der Lage, etwa 5000 Lokomotiven jährlich zu bauen, Deutschland etwa 2500. Deutschland steht also mit seinen Leistungen an zweiter Stelle. Ein Beweis dafür, von welcher Bedeutung die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Rußland ist. So weit ich orientiert bin, sind die Verhandlungen, die in Kanada geführt wurden, bisher noch nicht zum Abschluß gekommen. Sie werden aber in London zur Zeit weitergeführt. Es wäre im Interesse beider Völker, des deutschen wie des russischen, aufschwerste zu bedauern, wenn unsere Verhandlungen an der Preisfrage scheitern sollten und wir allein auf die amerikanische Produktion angewiesen wären. Es ist selbstverständlich, daß Valutafragen bei den Verhandlungen keine Rolle spielen haben und daß alle Berechnungen in Goldmarken vorgenommen worden sind. Ebenso selbstverständlich ist, daß wir in der Lage sein werden, volle Garantie für unsere Zahlungsverbindlichkeiten zu geben. Aber die Preisfrage bleibt das A und O der gesamten Verhandlungen. Es scheint mir notwendig, daß die deutsche Öffentlichkeit sich darüber klar wird, daß dieser Vertrag über die Lokomotivlieferungen nicht nur der Anfang für die

deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen. Insbesondere gerade die Grundlage und Vorbedingung für diese ist. Ich bin nicht im Zweifel, daß die deutsche Arbeiterklasse und das ganze deutsche Volk die Bedeutung dieser Verträge erkennen werden, und daß sie nicht gewillt sind, an Differenzen in der Preisfrage das große Wert der gemeinsamen deutsch-russischen Arbeit am wirtschaftlichen Wiederaufbau scheitern zu lassen. Das freundliche Entgegenkommen und die Unterstützung, die wir bei der deutschen Regierung in letzter Zeit gefunden haben, gibt mir die Hoffnung, daß ich (weil Sie mich danach fragen) von einer eventuellen Vermittlung der Regierung oder gar von Verhandlungen, die die Regierung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft führen würde, einen günstigen Einfluß auf die schwebenden Verhandlungen erwarten kann. Diese Hoffnung ist um so größer, als ich mit Freunden davon Kenntnis genommen habe, daß der Minister des Auswärtigen, Dr. Simons, unsern groß angelegten Wiederaufbauplänen und Arbeiten Anerkennung gezollt hat. Ich bin ehemals Präsident der Kommission für den Reichsaufbau gewesen und habe deshalb einigen Einblick in diese Verhältnisse. Wir sind in der Tat im Begriff, durch den Bau großer elektrischer Kraftstationen die Wasserkraft der Rüsse auszunutzen und gewaltige Energiequellen für Landwirtschaft und Industrie zu schaffen. Drei solcher großen Werke sind im Bau, zwei Stationen im Norden, die eine am Swir in der Nähe von Petersburg, dem Verbindungsstuf zwischen Onega- und Laboga-See, die zweite an der Wolga und die dritte Station am Dnepr nördlich des Schwarzen Meeres. Auch hier sind wir selber durch Maschinenmangel in unrer Arbeit stark behindert. Es fehlt uns an Wasserkraftmaschinen, die wir nur aus Amerika, Deutschland oder Schweden beziehen können. Ich kann aber unsere Unterhaltung nicht schließen, ohne immer wieder zu betonen, daß die Transportfrage zur Zeit die einschneidendste und wichtigste ist, auf der alle anderen wirtschaftlichen Beziehungen basieren, und daß es deshalb für beide Völker von schwerstem Schaden wäre, wenn an den Differenzen in Bezug auf die Preisfrage bei der Lieferung von Lokomotiven die hochbedeutendsten Verhandlungen mit der deutschen Lokomotivindustrie scheitern würden.

Die Mitteilungen des russischen Vertreters sind von der größten Wichtigkeit. Es ist nicht nur eine Frage der zwischen den deutschen Lokomotivfabrikanten und der russischen Regierung, die hier zur Lösung steht, sondern eine Angelegenheit, die das ganze deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeiterklasse, aufs engste angeht. Der Wiederaufbau der Wirtschaft in Rußland und Deutschland kann durch übertriebene Preisforderungen der Lokomotivfabrikanten aufs schwerste gehemmt und verzögert werden. Zugleich würde das Zerbrechen der Verhandlungen die Gefahr der Arbeitslosigkeit in Deutschland vergrößern. Angesichts dieser großen Bedeutung der Sache wäre es die Pflicht der deutschen Regierung, sofort energisch einzugreifen und wenn die Fabrikanten auf ihre Rechte als Privatigentümer pochen und sich solche Einmischung verbitten, wozu sie nach dem jetzigen Rechtszustand allerdings selber befugt sind, so hätte die deutsche Regierung die weitere Pflicht, sofort mit der Sozialisierung der Lokomotivindustrie vorzugehen und also die Lieferung sicherzustellen. Allerdings ist die isolierte Sozialisierung des Lokomotivbaues eine halbe und nicht unbedenkliche Sache. Sie müßte fundamementiert werden durch eine Sozialisierung des Kohlenbergbaues und der Groß-Eisenindustrie überhaupt. Bei einer solchen Regelung würden die Schwierigkeiten, über die jetzt der russische Vertreter klagt, jedenfalls leicht zu beheben sein. Schon die Konzentrierung der Produktion in den rationellsten Betrieben würde eine Verbilligung ermöglichen, die nicht nur dem russischen, sondern vor allen Dingen auch dem deutschen Volke, das unter der Unrentabilität der Eisenbahnen leidet, zugute kommen würde.

Aber von der jetzigen kapitalistischen Regierung ist ein solches rationelles Verfahren natürlich nicht zu erwarten. Die Parteien, die hinter ihr stehen, würden sich die Anklage des Unternehmerprofits grimmig verbitten. Es bleibt also zur Zeit nur der Weg der Verhandlung mit den Lokomotivfabrikanten. Die Regierung müßte die Kalkulationen nachprüfen und alles mögliche tun, um den Abschluß zustande zu bringen. Kann sie das nicht, so wird wieder der Beweis geliefert, daß der Kapitalismus sowohl im Innern wie in den äußeren Beziehungen das Hindernis jeglichen Fortschritts und jeglichen Wiederaufbaus der zerstörten Wirtschaft und der Neugestaltung der Beziehungen unter den Völkern ist.

Mit dem Vergehen der Regierung ist zu rechnen. Deshalb müssen die Betriebsräte der Lokomotivindustrie schon jetzt auf den Plan treten, die Berechnungen der Unternehmer nachprüfen und allen ihren Einfluß ausbieten, um den Lieferungsvertrag zustande zu bringen. Sie hätten zu diesem Zwecke nicht nur mit ihren Unternehmern ins Benehmen zu treten, sondern auch auf die Regierung einzuwirken und sollten dazu auch untereinander in Verbindung treten, um ein gemeinsames, eindringliches Vorgehen zu gewährleisten. Das muß sofort geschehen, es darf keine Zeit verloren werden.

Regierung und Reaktion.

Im Zusammenhange mit den Enthüllungen über die Orgeß und die Spitzelzentrale in Magdeburg sind auch verschiedene Einzelheiten bekannt geworden, die die Zustände in den verschiedenen Regierungen und Regierungsabteilungen eigenartig beleuchten. In dem veröffentlichten Schriftstück über die Orgeß fiel ja am meisten der Hinweis auf, daß diese Organisation von der Regierung anerkannt sei. Es hat sich dann herausgestellt, daß eine solche Anerkennung auch tatsächlich erfolgt ist durch einen Erlaß des Staatssekretärs Freund vom preußischen Ministerium des Innern. Freund hat diesen Erlaß hinter dem Rücken des Ministers des Innern, Severing, herausgegeben. Er hat sich dann damit herauszureden versucht, daß der Erlaß von einem Geheimrat ausgefertigt worden sei und Freund seine Unterschrift lediglich nur aus Versehen darunter gesetzt habe. Daß ein Mensch diese Klugrede glaubt, wird Herr Freund wohl selbst nicht annehmen, zumal man doch auch weiß, wer Staatssekretär Freund ist. In den Tagen des Kapp-Zusches hat er sich die reichliche Mühe gegeben, bei den Kappischen Hochverrätern Anschlag zu finden. Nur

weil die Kapp-Leute von dem Juden Freund nichts wissen wollten, ist diesem der Anschlag nicht geglikt. Für die Zustände in den preußischen Ministerium des Innern ist ja die Tatsache bezeichnend, daß der Freundliche Erlaß in den Kreisen der Orgeß-Leute ganz Deutschlands viel eher bekannt war, als an den amtlichen Stellen. Das bemerkenswerteste aber ist, daß trotz alledem Dr. Freund auch heute noch im Worte ist, obwohl der Leiter des Ministeriums des Innern, Severing, im Gegensatz zu dem Freundlichen Erlaß die Auflösung der Orgeß-Organisationen angeordnet hat.

Wir wir gestern bereits berichtet haben, ist gegen Severing und seine Oberpräsidenten wegen ihrer Haltung zur Orgeß eine allgemeine Hege im Gange. Dabei wirkt es komisch, daß die preußischen Reaktionsäre, die früher immer die Vorherrschaft Preußens im Reiche verlangt haben, jetzt die Reichsregierung um Hilfe gegen die preußische Regierung anrufen. So schrieb am Montag die Kreuzzeitung:

So bedauerlich es ist, daß Preußen — einst die Vormacht im Reich und das Musterbild staatlicher Autorität — genötigt ist, sich an das Reich zu wenden, in diesem Falle scheint es doch notwendig, um den inneren Zusammenhalt des Reiches nicht zu gefährden, dem die „Orgeß“ ist keine preußische, sondern eine das ganze Reich umfassende Einrichtung. Es geht nicht an, daß ein Bundesstaat sich dazu bekennt, während in einem anderen Staate aber die Teilnehmer mit schweren Strafen — unter Umständen sogar mit Zuchthaus — bedroht werden.

Diese Logik ist wunderbar. Weil also ein Bundesstaat — das von den Konterrevolutionären beherrschte Bayern — sich der Durchführung eines Reichsgesetzes widersetzt, muß die Reichsregierung einschreiten und die nach dem Gesetze handelnde Regierung eines anderen Bundesstaates ebenfalls zur Gesetzesverletzung zwingen. Die Reichsregierung selbst soll damit zugleich gezwungen werden, das Entwaffnungsabkommen von Spa, zu dessen Durchführung sie sich verpflichtet hat, mit Füßen zu treten.

Die Reichsregierung selbst hat bis jetzt nur erklärt, daß das Reichamt des Innern die Orgeß nicht anerkannt habe, im übrigen habe die Regierung zu der Angelegenheit und den Magdeburger Enthüllungen noch nichts zu sagen. In einer neueren Meldung heißt es, daß das Kabinett sich mit der Orgeß beschäftigt habe und der Auffassung Severings beigetreten sein dürfte. (1) Ueber eine klare Stellungnahme der Reichsregierung ist aber noch nichts bekannt. Diese passive Haltung der Reichsregierung ist sehr befremdend und läßt allerhand Schlüsse zu. Wahrscheinlich hat die Magdeburger Volkstimme recht, wenn sie schreibt, daß die besten Helfer der Orgeß in den Reichsministerien selbst liegen. Das Blatt weist auf die Erklärung des Reichswehrministers hin, nach der die berichtigten militärischen Nachrichtenstellen der Reichswehr aufgehoben seien. Die Magdeburger Enthüllungen zeigen aber, daß der Minister hintergangen wird, denn die Nachrichtenstellen bestehen im geheimen weiter. So besteht beim Nachrichtenamt der Reichswehrbrigade 4 eine besondere Kundschafterabteilung. In Magdeburg waren die eifrigsten Spitzel Reichswehrsoldaten, die von Offizieren sachverständig unterstützt wurden. Ebenso ist erwiesen, daß die Reichswehr auch in anderen Städten, zum Beispiel in Halle und Jitau, ohne offizielle Geldmittel Nachrichtenstellen unterhält. Die Militärscheren sich eben den Teufel um die Anordnungen des Reichswehrministers. Er ist zu einem bloßen Dekorationsstück geworden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse auch im Reichsamt des Innern. Hier ist der frühere konservative Abgeordnete Geheimrat von Jacobi politischer Referent. Er hält die Verbindung mit der Reichswehr aufrecht und von ihm stammt der Erlaß, der den Zivilbehörden die Durchsicht militärischer Räume unmöglich macht. Der eigentliche Herr im Reichsamt des Innern ist der Staatssekretär Lewald, ein Mann von ausgeprägter deutschnationaler Gesinnung. Auch in diesem Ministerium wird der offizielle Leiter, der Demokrat Koch, von seinen Untergebenen mehr und mehr an die Wand gequ coast.

Im übrigen spielt dieser demokratische Minister Koch jetzt selbst eine sonderbare Rolle. Wie berichtet wird, hat das Reichsministerium des Innern an die Magdeburger Zeitung, also gerade an jenes Blatt, das in der Spitzelgeschichte am meisten kompromittiert ist und daher an der Befestigung Hörings das meiste Interesse hat, ein Schreiben gerichtet, in dem versucht wird, Hörling und das Magdeburger Oberpräsidium zu diskreditieren. Hörling wird nicht etwa wegen der von seiner Behörde durchgeführten Aufdeckung angegriffen, sondern wegen einer ganz andern Sache, nämlich wegen der seinerzeitigen Verhängung des Belagerungszustandes über den Kreis Schleusingen. Es wird also ein Vorfall, der mit der jetzigen Angelegenheit gar nichts zu tun hat, herangezogen, um Waffen gegen Hörling zu liefern. Und das Interessanteste dabei ist, daß diese Hilfsaktion zur Unterstützung der reaktionären Hege von dem demokratischen Minister Koch selbst ausgeht. In einem dienstlichen Schreiben an Hörling hat Koch Hörling selbst mitgeteilt, er fühle sich jetzt veranlaßt, das ganze Aktenmaterial über Schleusingen der Magdeburger Zeitung zu übergeben. Nach einer Erklärung Hörings soll die Darstellung des Ministers über den Schleusinger Fall obendrein unrichtig sein. Doch darauf kommt es zunächst nicht an. Das wesentliche ist, daß sich der Reichsminister selbst an dem reaktionären Kesseltreiben gegen den den gegenrevolutionären Kreisen so unbehaglich gewordenen Magdeburger Oberpräsidenten beteiligt.

Die Vorgänge sind äußerst lehrreich. Sie lassen zunächst einmal das tolle Durcheinander in den verschiedenen Regierungsstellen erkennen. Sie zeigen, daß die einzelnen Regierungsstellen des Reiches und in den verschiedenen Staaten dauernd nebeneinander und gegeneinander regieren. Die Vorgänge beweisen aber auch mit aller Deutlichkeit, daß die reaktionären Elemente in den Regierungsämtern immer mehr Einfluß erlangen und die Oberhand gewinnen. Die große Gefahr für die innere und äußere politische Lage Deutschlands wächst damit von Tag zu Tag. Sie ist um so bedrohlicher, als der Reichstag auseinandergegangen ist und seinen Einfluß nicht geltend machen kann. Es ist einfach ein Skandal, daß die Volksvertretung in einer in jeder Hinsicht so außerordentlich gespannten Situation auseinandergehen und sich selbst ausschalten konnte.

Die Arbeitererschaft aber mag aus alledem erkennen, daß sie in der Abwehr gegen den Ansturm der Reaktion im wesentlichen auf sich allein angewiesen ist. Danach muß sie ihre Maßnahmen treffen.

Unbequeme Anfragen.

Wie der Vorwärts mitteilt, hat der Abgeordnete Keil an die Regierung die folgenden beiden Fragen gestellt:

1. „Ist die Zeitungsnotiz richtig, daß die Herren Minister Weste und Dr. Koch der Organisation Eberich ihre Unterstützung zugesagt haben? Belangendfalls: wie läßt sich eine solche Zusage mit der lokalen Durchführung der Entwaffnungspflicht, der sich die Organisation Eberich widersetzt, vereinbaren?“

2. „In Tübingen wurden beim badischen Reichswehrbataillon 113 fortgesetzt neue Leute eingestellt. Kann der Herr Reichsminister mitteilen, wie sich diese Tatsache mit den Schwäbischen Verträgen, die mit der Unterzeichnung der durch die Vermittlung der Reichswehr um 100.000 Mann freierwerbende Leute verbunden sind?“

Ich bitte um schriftliche Antwort.

Orgeß überall.

Das Kaffeler Volksblatt veröffentlicht einen Brief aus Kassel vom 8. August:

Sehr geehrter Herr!

Nach den von allen Seiten zunehmenden Mittelungen gestalten sich die Verhältnisse im Innern unseres Landes immer ernstlicher, so daß ein Gehot der Selbsterhaltung ist, daß alle gleichgesinnten Kreise aus unrer Stadt zusammenzutreten und die Schritte unternehmen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind.

Wir richten deshalb die ergebende Bitte an Sie, sich zu einer Besprechung im größeren Kreise am Freitag, dem 12. August 1920, abends 8 Uhr, in den Geschäftsräumen der Handwerkskammer, Hohenzollernstraße, einzufinden.

Wir bitten Sie dringend, zu der Besprechung zu kommen und die Angelegenheit durchaus vertraulich zu behandeln.

Vorsitzungsprotokoll
Rudwig Schmidt, Galermeister,
Tannhäuser, Spindlbus der Handelskammer.

Hierzu bemerkt das Kaffeler Volksblatt: Damit der Oberpräsident nicht genötigt ist, sich über die Veranlassung am 12. d. M. durch seine politischen Volksbeauftragten Kenntnis zu verschaffen, wollen wir die drei Hauptpunkte des Mahraunischen Referates zur Kenntnis des Oberpräsidenten bringen:

1. Die Kaffeler Industriellen haben für den ungelieblichen Zweck der Organisation zusammen 70.000 Mark gespendet.
2. Oberleutnant Mahraun hat ausdrücklich erklärt, er habe mit Eberich verhandelt, und der Jungdeutsche Orden sei vollkommen nach den Leitlinien Eberichs aufgebaut.
3. Es wird eine Wirtschaftsorganisation der Arbeiter und eine Kampforganisation der jungen Leute geschaffen.

Sie wollen klagen.

Wie uns die im Zusammenhange mit den Enthüllungen über die Magdeburger Spitzelzentrale vielgenannte deutsche Pinkerton-Gesellschaft m. b. H. in Berlin mitteilt, hat sie, um die vielen gegen sie erhobenen Angriffe zu „entkräften“, gegen die Freiheit und den Vorwärts Besetzungsklagen erhoben. Wie unser Berliner Parteiblatt dazu bemerkt, freut es sich schon auf den Prozeß, der ihm willkommenere Gelegenheiten geben wird, tiefer in die Geheimnisse der Spitzelwirtschaft hineinzuleuchten.

Ein polnischer Gegenstoß.

Die gestern von uns angezeigte Meldung vom Falle Warschau hat sich richtig als eine Ente erwiesen. Freilich ist nur, ob sie wirklich aus russischer Quelle stammt, oder ob sie vielmehr von Polen fabriziert wurde, um durch das nachstehende Dokument einen für Polen günstigeren Eindruck zu schaffen.

„Anwilschen scheint auf dem Kriegsschauplatz ein Stöcker der russischen Angriffe auf Warschau durch eine polnische Gegenoffensive herbeigeführt worden zu sein. Natürlich sind die polnischen Nachrichten, die offensichtlich darauf ausgehen, den Kampfmut der Polen zu stärken, nicht ganz unverständlich. Man wird nicht alle Einzelheiten ohne weiteres als laute Wahrheit annehmen können. Indes meint die Deutsche Allgemeine Zeitung, nach Meldungen, die in Danzig eingegangen seien, erschienen die polnischen Truppen schon jetzt als eine sehr fühlbare Entlastung der polnischen Nordfront. Wenn die polnischen Verluste stimmen sollten, wonach Ciechanow von den Polen wieder befreit sei, so könnten die im Korridor stehenden russischen Truppen bei weiterem Fortschreiten in die Gefahr kommen, abgeschnitten zu werden. Es heißt in den polnischen Heeresberichten: „Wir haben eine Gegenaktion in der Gegend von Mlawa begonnen. Hierbei haben unsere Truppen drei bolschewistische Regimenter auseinandergepresst. 200 Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet. Ein Ulanenregiment machte eine bolschewistische Truppenabteilung bis auf den letzten Mann nieder. Unre Aktion entwickelte sich glänzend. Ostlich von Cholm haben unsere Truppen die Linien des Feindes durchbrochen. Sie besetzten Dorogost und Swersche und warfen die Bolschewisten über den Bug zurück. Um die Front zu verfestigen, hat das Oberkommando den Befehl zum Rückzug auf den Bug gegeben. Wir haben uns daher von Brodn zurückgezogen. Bei Radziejow und Cholowen hält unsere Kavallerie den zahlenmäßige überlegenen Truppen von General Budyniun weterhin Stand. An der ganzen Front sind alle feindlichen Angriffe längs der Strapa gescheitert.“

Der weitere Verlauf der begonnenen Gegenoffensive unserer Nordarmee entwickelt sich trotz schwieriger Umstände glänzend für uns. Ungeachtet der sehr schweren Verluste und des erbitterten Widerstandes des Feindes bewegen sich unsere Abteilungen auf der ganzen Linie vorwärts. Ciechanow wurde von uns genommen. Die Erfolge haben auf unsere Warschauer Abteilungen glänzend gewirkt.“

In starkem Widerspruch zu diesen Meldungen steht die allerdings aus Solbau kommende Nachricht, daß Lemberg nach dreimonatigem Sturm genommen wurde. Sie ist wahrscheinlich von demselben Best, wie die gestrige vom Falle Warschau. Ob mit diesem Gegenstoß eine dauernde Wendung der Dinge zugunsten Polens eingetreten ist, bleibt natürlich abzuwarten.

Die Waffenstillstandsverhandlungen nehmen derweil einen schließenden Verlauf. Die polnische Delegation ist noch gar nicht in die Verhandlungen eingetreten, sondern hat zunächst die russischen Bedingungen erbeten und sie mit einem Kurier an die polnische Regierung behufs weiterer Instruktionen gesandt.

Im Korridor sind die Russen weiter vorgezückt. Millerand hat im Ausschuß für Auswärtiges der französischen Kammer dazu erklärt, durch den Einmarsch der Russen in das an Polen von Deutschland im Versailler Vertrage abgetretene Gebiet wird eine vollständig neue Lage für Frankreich und die Alliierten geschaffen. Es seien Besprechungen der Alliierten im Gange, um zu der veränderten Lage, die als ernst bezeichnet werden müsse, Stellung zu nehmen.

Man kann danach ermaßen, was die kritische Verbreitung der gestrigen Charakteristiken russischer Kommandanten im Korridor für die internationale Lage bedeutet. Kamenev hat übrigens der französischen sozialistischen Presse ein kräftiges Demonté eines Artikels des Pariser Journal geblendet, worin behauptet worden war, daß die Sowjetregierung die Absicht habe, Polen die Wiederherstellung der östlichen Grenze Deutschlands aufzuerlegen und an den Korridor zu rühren. Er erklärt, daß die russische Regierung weder mit Deutschland noch mit andern Ländern eine Verabredung habe, die sich gegen Polen richte. Die Waffenstillstands- und Vorliebensbedingungen Rußlands enthalten nichts, was die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und die Grenzen zwischen beiden Ländern betrifft. Die russische Regierung verweist mit Empörung jeden Gedanken daran, daß ihr Sieg über die polnischen Imperialisten zur Stärkung des Militarismus in Deutschland oder in einem andern Lande benutzt werden sollte, wonach man den Wert der empfindlichsten Heuerungen jener russischen Divisionskommandanten beurteilen kann.

Nach einer ausführlicheren Reutermeldung hat Lloyd George in seiner letzten Unterhausrede sich eingehender gegen die Haltung der Arbeitererschaft gewendet. Er nannte sie „eine der fürchterlichsten Herausforderungen, die jemals an die Demokratie gerichtet worden seien. Es sei ein gefährliches Unternehmen, zu erklären, daß ein Sowjet auf die britische Verfassung aufgedrückt werden müsse und daß die Verfassung einen Allionsausschuß einschließen sollte.“

... nur einen Teil der Volksgemeinschaft vertritt. Jede Regierung müßte ohne Zögern den Handstreich aufnehmen. Niemand ist eine außerhalb der Verfassung stehende Maßnahme weniger berechtigt gewesen. Die Arbeiterpartei habe genau die Politik der Regierung gefolgt. Ein in der Verfassung nicht vorgesehenes Vorgehen sei unter allen Umständen verfehlt und gefährlich. Wenn es sich aber nicht einmal um eine Frage handle, bei der das Land in Gefahr schwebt, sei es ein gar nicht zu rechtfertigendes Vorgehen. Es verfolge lediglich den Zweck, beim Lande den Eindruck zu erwecken, daß es ohne diese Drohung einen Krieg eingehen würde.

Der englische Premierminister sucht also den Anschein zu erwecken, als hätte auch ohne das Vorgehen der Arbeiterpartei keine Kriegsgefahr bestanden. Das darf jedenfalls bezweifelt werden und obgleich besetzt ist, wenn die Arbeiterpartei nicht auf der Macht steht, ist nicht minder zweifelhaft. Die Bedingung, die Lloyd George für die Aufnahme der Beziehungen zu Rußland gestellt hat, daß die Unabhängigkeit Polens nicht angetastet werden dürfe, ist sehr dehnbar. Die englische Arbeiterpartei wird ihre eigene Anschauung darüber bewahren, ob England durch eine feindselige Politik gegen Rußland in Gefahr gebracht wird. Der Aktionsplan der englischen Arbeiterpartei lehnt keine Arbeit energisch ab. Er hat beschlossen, den 22. August zum „Friede mit Rußland - Sonntag“ zu erklären und zu Kundgebungen in allen Städten und Dörfern aufzurufen. Ob die angestrebte direkte Verbindung mit den russischen Sozialisten zustande gekommen ist, steht noch nicht fest. Eine Pariser Meldung vom 17. August behauptet, die beiden englischen Delegierten würden nicht abreisen, da die französische Regierung ihr die Einreise erlaubnis verweigern werde. Dagegen wird vom 18. August gemeldet, daß die beiden englischen Vertreter in Paris eingetroffen seien und sich mit den Gewerkschaften bereits besprochen hätten; am Abend würden sie mit der sozialistischen Partei verhandeln.

Inzwischen hat sich auch die amerikanische Arbeiterpartei getrennt. Die American Federation of Labor hat eine Resolution für einen internationalen Streik angenommen, falls die Vereinigten Staaten Polen militärische Hilfe leisten würden. Die Internationale Transportarbeiter-Föderation erklärt folgenden Aufruf:

An die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder! Kameraden!

Der im März d. J. in Christiania abgehaltene Internationale Transportarbeiter-Kongress hat einstimmig beschlossen, daß die Internationale Transportarbeiter-Föderation und die ihr angeschlossenen Organisationen alle ihre zu Gebote stehenden Mittel anwenden werden, um eine Erneuerung des furchtbaren Zustandes zu verhindern, den der Weltkrieg über die Völker gebracht hat.

Der Augenblick, um diesen Beschluß in die Tat umzusetzen, ist gekommen!

Die kapitalistischen Regierungen versuchen, durch tatkräftige Unterstützung des polnischen Reiches, das Rußland angefallen und nun die Folgen seines imperialistischen Strebens zu tragen hat, einen neuen Weltkrieg zu entzünden.

Der Vorstand der Internationalen Transportarbeiter-Föderation läßt an die Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder den dringenden Ruf ergehen, alle Versuche derjenigen, die das Proletariat neuerlich zur Schlachttat führen wollen, mit allen Mitteln zu vereiteln. Er verlangt von ihnen, daß sie — in Uebereinstimmung mit der Haltung der Arbeiter in jenen Ländern, die sich bereits dem Transport von Waffen und Munition widersetzt haben, — sich überall einmütig weigern, Kriegsmaterial und Truppen, die die kapitalistische und imperialistische Reaktion gegen Rußland aufzuziehen will, zu verladen und zu befördern.

In dieser Stunde tut die internationale Klassenolidarität des Proletariats im Kampf gegen die internationale kapitalistische Reaktion mehr not denn je! Das internationale Proletariat verlangt Frieden und Freiheit! Es muß bereit sein, Opfer zu bringen, um diese höchsten Güter der Menschheit zu erobern und zu wahren.

Transportarbeiter, Seeleute und Eisenbahner aller Länder! Der Augenblick zum Handeln ist da!

Verweigert die Beförderung jeglichen Kriegsmaterials, das die kapitalistischen Mächte nach Polen schicken wollen!

Verweigert die Beförderung aller Soldaten, die die Entente-Regierungen gegen Rußland ins Feld senden möchten!

Beweist eure internationale Solidarität!

Gegen die militaristische Gewalt der kapitalistischen und imperialistischen Regierungen die einmütige Arbeitsverweigerung des international organisierten Proletariats!

Alle die Internationale Transportarbeiter-Föderation:

Robert Williams, Vorsitzender.

Edo Fimmen, Sekretär.

In den verschiedensten englischen Städten haben sich Komitees gebildet, die die Durchführung des Boykotts gegen Polen organisieren. In Frankreich finden im ganzen Lande Kundgebungen gegen den Krieg statt. Die Regierung hat Kundgebungen gegen die Anerkennung Brangels verboten, worauf die Protestbewegung gegen den Krieg um so mehr ausbricht. In Straburg wurden Versammlungen der von Barbusse geleiteten antimilitaristischen Vereinigungen verboten. Die Sozialisten haben darauf eine große Protestversammlung abgehalten, in der Longuet und Hubert, Bailand und Coutourier sprachen und Grumbach erklärte, die Arbeiterpartei werde die Mobilmachung mit dem Generalstreik beantworten.

Im oberschlesischen Gebiet hat die Arbeiterpartei eine energische Aktion für die Sicherung der Neutralität durch den Generalstreik eingeleitet. Er hat bereits schwere Opfer geordert. In Kattowitz und Rybnik ist Blut geflossen. Tausende Tote und Verwundete sind auf deutscher Seite in Kattowitz gezählt. In Rybnik, wo die Verlammlung durch die Polen gesprengt wurde, gab es einen Toten und vier Verwundete. Der Abschluß der furchtbaren Vorgänge ist noch nicht bekannt. Die gewalttätige Störung der friedlichen Demonstration ist ein schweres Verbrechen, das nach Sibine schreibt.

Aus der Krin kommen widersprechende Nachrichten. Brangels Streiktritte sollen neue Erfolge erzielt haben. Andererseits erhalten die Bolschewisten Verstärkungen von der polnischen Front und preisen energisch an. Der wirkliche Stand der Dinge ist aus den Meldungen nicht sicher zu erkennen.

Eine polnische Gegenoffensive?

Warschau, 17. August. Seit Montag hat unter persönlicher Führung des Oberkommandierenden Pilsudski die polnische Kavalariestruppen gegen den russischen linken Flügel begonnen. Sie, wenn sie Erfolg haben sollte, nicht nur die militärische Lage Warschaws wesentlich verbessern, sondern unter Umständen den letzten Abschnitt des russisch-polnischen Krieges von Grund aus verändern könnte. Von Gora Kalwarja und der Festung Dombin (Znamgorod) aus erfolgte ein harter polnischer Vorstoß, der anknüpfend die Linie Siedice—Janow—Brest-Litowsk zum strategischen Ziel hat und im Falle des Erfolges den Rückzug gegen die andern Festungen vorgebrungenen Russen, die ohnehin nicht mangelhaften rückwärtigen Verbindungen abschneiden könnte. Bis Montagabend hatten hier die Polen bereits die Linie Gorowin—Jelechow (sibirisch Wudow) erreicht, also den halben Weg zwischen Weichsel und Bug zurückgelegt, und bedrohen ernstlich die Verbindung Siedice—Wlata.

Wien, 18. August. (T.M.) Nach einer Meldung des Ndt.-Mhd.-Anwendblattes scheint die Meldung von der Einnahme Warschaws

durch die Russen sich noch nicht zu bestätigen. Die polnische Generalität in Wien erklärte, daß sie noch Dienstag, vormittags um 10 Uhr, telefonisch mit Warschau gesprochen habe. Angeblich soll sich sogar die Lage für die Polen günstiger gestalten. Hauptächlich kommt es den Polen darauf an, bis zum Abschluß der Verhandlungen in Moskau Warschau zu behaupten, da mit dem Verlust der Hauptstadt für die Polen so gut wie alles verloren wäre.

Siebenstündiger Generalstreik in Oberschlesien. Blutige Zusammenstöße.

Beuthen, 17. August. Der angekündigte Streik ist heute in allen oberschlesischen Städten in der Zeit von 12 bis 7 Uhr durchgeführt worden. Elektrizität, Wasser, Gas und Post liefen aus. Der Personenverkehr blieb aufrecht. Sämtliche Geschäfte und Gasthäuser waren geschlossen. In den Nachmittagsstunden fanden überall die von den Gewerkschaften einberufenen Protestversammlungen statt. Es wurde einheitlich eine Entschlieung gegen den Krieg und für strikte Neutralität gefaßt sowie folgende Forderung an die interalliierte Kommission angenommen:

Die Einsetzung einer Kontrollkommission von Eisenbahnbeamten und Arbeitern, welche mit Vertretern der interalliierten Kommission sämtliche Transporte kontrollieren, vorläufige Verständigung mit der interalliierten Kommission über alle noch zu erwartenden Truppentransporte und Truppenverschiebungen.

Im Anschluß an die Versammlungen fanden Massenmützen statt. Dabei ist es in Kattowitz und Rybnik zu schweren Zusammenstößen gekommen.

Kattowitz, 18. August. Vor dem Hause der interalliierten Kommission versammelte sich um 10 1/2 Uhr abends eine unübersichtliche Menschenmenge. Eine Abordnung der Gewerkschaften unterbreitete dem Obersten Blancart, dem Vorsitzenden der interalliierten Kommission, die Forderung der Bevölkerung auf Entwaffnung der Besatzungstruppen unter Zustimmung freier Abzuges. Falls diese Forderung nicht bewilligt werde, mülte jede Verantwortung für die weiteren Ereignisse abgelehnt werden. Der Militärschlepper erklärte, daß er lieber sterben würde, als diese Forderung zu erfüllen. Die Verhandlungen wurden darauf abgebrochen. Beim Verlassen des Hauses konnten die Vertreter der Bevölkerung feststellen, daß das ganze Treppenhaus dicht besetzt war mit französischen Soldaten in feldmarschmäßiger Ausrüstung. Um 1/2 Uhr war die Situation außerordentlich gespannt. Die Vertreter der Bevölkerung versuchten, die Verhandlungen noch einmal zu erneuern, was ihnen auch gelang.

Nach einer Privatmeldung kam es in Kattowitz zu Zusammenstößen mit französischer Kavallerie, wobei auf deutscher Seite neun Personen getötet und 26 verwundet wurden. Der polnische Rechtsanwalt Dr. Milewski, der eine Handgranate aus dem Fenster warf, wurde erschlagen und in die Kawa geworfen. Die Sicherheitspolizei stellte den Dienst ein und gab die Waffen ab. Das französische Militär ist auf Grund von Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern zurückgezogen worden. In Rybnik wurden die abgehaltenen Protestversammlungen durch die Polen gesprengt; dabei gab es einen Toten und vier Verwundete.

Kattowitz, 18. August. 1 Uhr morgens. Man hört wimmernde Gewehr- und Handgranatensfeuer. Die Menge bemächtigte sich eines vor dem Hause der interalliierten Kommission stehenden Automobils, ohne von den Besatzungstruppen daran gehindert zu werden. Angeblich der furchtbaren Lage verhandelt haben ein französischer Offizier direkt mit der Menge und stellte die Ablieferung der Waffen in Aussicht. Von anderer Seite verlautet, daß die Besatzung bereit sei, die Waffen in die Obhut der Sicherheitsbeamten zu geben.

Eine französische Razzia für Polen.

Berlin, 18. August. Wie die Post. Ztg. berichtet, wurden in Kattowitz sämtliche Straßen von französischem Militär abgesperrt und eine Razzia veranstaltet. Daraufhin sollen etwa 2000 Männer in stellungspflichtigem Alter, anscheinend polnische Staatsangehörige, über Moskau nach Polen abgehoben worden sein. Ueber das Schicksal der Abgehobenen liegen in Oberschlesien keine bestimmten Nachrichten vor.

Staatskommissariat und Republikanische Führerbund.

Neue skandalöse Vorwürfe gegen die Republikanische Führerbund der heftigsten Gegner der amtlichen militärischen und politischen Stellen. In einer öffentlichen Anfrage erhebt er jetzt schwere Anklage gegen die Methoden, welche mit Unterstützung des Staatskommissariats für die öffentliche Sicherheit unter Leitung des ehemaligen Staatsanwalts Dr. Weichmann in seiner Bekämpfung angewandt werden. Das Staatskommissariat hätte nach Angabe des R. F. B. die Nachricht verbreiten lassen, an den Zusammenkünften des Bundes in Berlin nähmen in der letzten Zeit Angehörige der Kampforganisationen (— was ist das? —) der U.S.P.D. und R.A.P.D. teil. Weiter hätte das Staatskommissariat falsche Angaben über Führer oder Mitglieder des Bundes gemacht und weiter erklärt, auf der Sitzung des R. F. B. am 23. Juli hätte der zweite Vorsitzende verlangt, beim nächsten Putsch müßte die Regierung nicht durch einen Generalstreik, sondern mit Waffengewalt weggefegt werden, und endlich, die Rekrutierung des R. F. B. habe zur Herstellung einer Einheitsfront nur aus den Linksparteien zu erfolgen.

Der Vorstand des R. F. B. weist alle diese Behauptungen in schärfster Form zurück und erklärt, sie beruhen auf Spionageangaben, die vom Staatskommissariat ohne jede Nachprüfung oder Nachfrage beim R. F. B. zur Verberung der Behörden verbreitet worden seien. Eine Anzahl von Unrichtigkeiten wären dem Staatskommissariat von vornherein bekannt gewesen.

Dann stellt der R. F. B. folgende Fragen:

„Ihnen bekannt, Herr Staatskommissar, daß Spigel Ihres Kommissariats erst vor wenigen Tagen versucht haben, Mitgliedern des Republikanischen Führerbundes Waffen gegen Beschuldigung auszufragen?“

„Ihnen bekannt, Herr Staatskommissar, daß der Spigel, der dem Berliner Volksanzeiger den Lügenbericht geliefert hat, schon in den Kapptagen im R. F. B. versucht hat, in diesem Sinne zu wirken?“

Weiter heißt es in dem Schreiben, daß die Organisation des R. F. B. sich auf ein Programm stütze, das dem Staatskommissar genau bekannt sei. Wer etwas anderes behauptet, „ist ein schamloser Verleumdung“.

Herr Weichmann wird um Gründe zur Rechtfertigung einer Tätigkeit, die nach den Vorwürfen des R. F. B. als bewußt wahrheitswidrig erscheint, nicht verlegen sein. Seine Auftraggeber sind zur Zeit noch zu mächtig, als daß er über ein paar offizielle von seinem Amt verbreitete Schwindelnachrichten stürzen könnte.

Die Zwangswirtschaft für Kartoffeln endgültig aufgehoben.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags nahm am 17. 8. zu einer Resolution über die Zwangswirtschaft für Kartoffeln Stellung, die alle bisherigen noch gültigen Verordnungen aufhebt und von der Verordnung vom 21. Mai 1920 über die Kartoffelwirtschaft nur die Bestimmungen auf Grund der Zerlegung abgeleiteten Pflanzensorten für die Städte, einschließlich einer Reichsreserve von 20 Millionen Zentner bestehen läßt. Der Ausschuss stimmte der Verordnung mit 16 gegen 12 Stimmen zu. Für die Aufhebung stimmten die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien, dagegen die Vertreter der beiden sozialdemokratischen Fraktionen. Mit Stimmengleichheit wurde der rechtssozialistische Antrag, daß die Regierung nicht an die Mindestpreise von 30 Mk. pro Zentner für die Reichsreserve gebunden sein soll, also billiger einkaufen könne als der Marktpreis vom 21. Mai 1920 beträgt, abgelehnt. Angeblich genügt den bürgerlichen Parteien hierfür die Erklärung des Ernährungsministers, daß er so handeln wolle.

Die bürgerlichen Parteien ziehen rückwärtslos die Folgerungen aus dem Ausfall der Reichstagswahl und treten für den gehelligsten Profit der Bauern ein. Für die Arbeiter ist es auf der Hut zu sein.

Bemerkenswert war auch die Schaukellstellung der Regierung. In der Sitzung vor zwei Wochen gab Ernährungsminister Hermes an, daß 100 000 Hektar weniger wie 1919 mit Kartoffeln bestellt worden sind. Regierungsrat Reide dagegen hielt die Ernte und Versorgung für gut, weil die Statistik nicht zuverlässig sei. Die Agrarier hätten bei der Zählung das bebauten Deputatland nicht mitgerechnet und einige Verwaltungsbezirke hätten größere Flächen als 200 Quadratmeter bei der Zählung ausgelassen, so schätze er den Ernteertrag 10 bis 20 Prozent höher ein.

Sollte bisher angeblich eine Senkung des Kartoffelpreises durch Aufhebung der Zwangswirtschaft eintreten, so würde jetzt gegeben, daß eine Erhöhung der Preise eintreten wird. Der Minister stellte sogar in Aussicht, daß das Reich gewisse Beträge für den Kartoffelpreisausgleich übernehmen werden müsse. Agrarisch ist Trumpf; solange die Arbeiter sich das gefallen lassen.

Deutschland.

Selbsthilfe gegen Wucherer und Schieber.

Aus München wird berichtet: Das bayrische Post- und Eisenbahnpersonal hat beschlossen, gegen Wucherer, Schieber und Schleihändler zur Selbsthilfe zu greifen. Gleichzeitig werden die Gewerkschaften ersucht, durch ihre Mitglieder ungenügend unterschritten zu sammeln für ein Volksbegehren nach sofortiger Schaffung von Sondergesetzen, die in ihren einzelnen Paragraphen eine exemplarische Bestrafung von Wucher, Schleich- und Kettenhandel sowie für sämtliche Ablieferung vorsehen. Als Strafen werden in dem Vorschlage Zwangsarbeit bis zu 10 Jahren und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von mindestens 5 Jahren vorgezogen, des weiteren Konfiskation des gesamten Vermögens des Bestraften.

Von Nah und Fern.

Ein Geldbeutel mit 143 000 Mark gestohlen.

Ein schwerer Diebstahl wurde am Montagmorgens in den Räumen der Reichsbank in Berlin verübt. Zwei Beamte des Postamtes 68 hatten das überschüssige Geld dieses Amtes, das in drei Säcken verteilt war, abgeliefert. Während einer mit einem anderen Beamten sprach, hat ein Unbekannter einen der auf der Erde liegenden Beutel an sich genommen und ist damit verschwunden, ohne das der Diebstahl bemerkt wurde. In dem Beutel befanden sich 143 000 Mark in Papiergeld.

Vater- und Geschwistermord.

Berlin, 17. August. Das Verbrechen in dem Dorfe Jernitz in der Prignitz, dem der Arbeiter Strogaly und drei seiner Kinder zum Opfer gefallen sind, ist aufgeklärt worden. Es hat sich aus der Untersuchung ergeben, daß als Täter nur der eigene Sohn des Ermordeten, Paul Strogaly, in Frage kommen kann. Er hat sich bei der Vernehmung derart in Widersprüchen verwickelt, daß seine Täterschaft kaum mehr angezweifelt werden kann.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Georg Raft in Leipzig. Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Friedrich Willer, Vordorfer-Verlag. Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft, Leipzig.

Die Leistungsfähigkeit

des Mannes im Beruf, der Frau im Hause, des Kindes in der Schule stützt sich auf kraftvolle Gesundheit. Continental-Gummiabsätze tragen erheblich hierzu bei. Leichter elastischer Gang, dadurch Schonung der Nerven und Füße, das sind ihre großen Vorzüge gegenüber Leder. Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher

Continental

Absätze

So gut wie Continental-Reifen.

Diese Nummer umschließt 8 Seiten.

Neues Theater.

Mittwoch, den 18. August 1920

Glantzolo.

Muffelstück Lustspiel in einem Aufzuge von Hans v. Wolzogen.

Pierrotts erster Ball.

Faustspiel von Max Meyer. - Fantomine von Emma Grandson.

Das hübsche Gold.

Die Szene ist eine in den Chorraum der Kirche eingebaute Bühne.

Alles Theater.

Richard Wagner-Tag (Ausschnitt 1914).

Der Wotan.

Comdie in 5 Akten (ohne Ballett und Vorhang) von Mörike.

Die Seirat wider Willen.

Comdie in 1 Akt von Mörike. Uebersetzt von Hugo Hofmannsthal.

Theater der Elsterstraße, Kammerspiele.

Gaspiel des Berliner Residenz-Theaters: Evchen Humbrecht.

Drei Linden.

Täglich abends 7 1/2 Uhr Die größte Sensation der Saison!

Der Venusberg.

Ballettfragment aus der Oper „Tannhäuser“.

Der große Meß-Varieté-Spielplan.

Vorverkauf: Tageskasse (Tel. 33495 und 33543).

Baltenberg.

Varieté. Täglich abends 7 1/2 Uhr: Das grosse Mess-Varieté-Programm.

Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: Das Lorle vom Schwarzwald.

Weinpalast Eden.

Kurprinzstr. 2. Tel. 15902. Täglich Moderne Tanaufführungen.

Erstklassiges Kabarett.

„Libelle“ Trokadero.

Windmühlenstrasse 14.

SARRASANI.

Mittwoch 3 Uhr.

Wild-West Auf dem Meßplatz. Telefon 1065.

Wild-West.

Wild-West Täglich 7 1/2 Uhr.

Wild-West.

Wild-West Auf dem Meßplatz. Telefon 1065.

Wild-West.

Wild-West Täglich 7 1/2 Uhr.

Wild-West.

Wild-West Auf dem Meßplatz. Telefon 1065.

Wild-West.

Wild-West Täglich 7 1/2 Uhr.

Wild-West.

Wild-West Auf dem Meßplatz. Telefon 1065.

Wild-West.

Wild-West Täglich 7 1/2 Uhr.

Wild-West.

Wild-West Auf dem Meßplatz. Telefon 1065.

Volkshaus. Morgen Donnerstag ab 7 1/2 Uhr. Kaffee Kuchen. Küche Keller.

Schwarzwälder Dirndl-Abend. Dekoration: Ein Dorf-Idyll im Schwarzwald. 16 Mann starkes Schütze-Orchester.

Luna-Park am Auensee. Morgen Großes Elite-Konzert des gesamten Neumann-Orchesters.

SANSSOUICI. Ball- und Konzerthaus. Elsterstraße 12. Stadtzentrum. Telefon 2124.

Leipziger Buchdruckerei A. G. Abteilung Buchhandlung Leipzig Tauchaer Straße 19/21. In unserem Verlage sind erschienen:

Naturpark Schleussig. Herrlicher Aufenthalt direkt am Elbstrand. Morgen Donnerstag ab 7 Uhr.

Reise-Taschen aus prima Rindleder und starkem Segeltuch. Eigene solide Fabrikate.

Neues Operetten-Theater. Hofstraße (Haus 2494). Mittwoch, den 18. August 1920. Eine Nacht in Venedig.

Leipziger Schauspielhaus. Sophtel. 1719. Mittwoch, den 18. August 1920. Schauspiel Anton Grand.

Leipziger Volksbühne. Hofstraße 111. Donnerstag, den 19. August abends 7 1/2 Uhr: Serie 8.

Schneeflocken Lumpazi-Vagabundus. Ein prächtiges Märchen. „Das liebliche Ackerblatt“.

Krystall-Palast Theater. Monat August 1920. Das grosse Jubiläums-Varieté-Programm.

Die große Welt im Felsenkeller, L.-Plagwitz. Die Hochburg Gutmanns weltbekanntester Unterhaltungstänze.

Schiller-Schlösschen. Morgen Donnerstag, ab 6 Uhr Großer Elite-Ball.

Großes Lager in Qualitäts-Zigarren. von Mk. 500.- per Kiste aufwärts. ZIGARETTEN.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 18. August.

Parteiangelegenheiten.

Parteileitung.

Freitag, den 20. August, nachmittags 5 Uhr, Sitzung der Parteileitung im Volkshaus, Zimmer 9. Bestimmt und pünktlich erscheinen.

Anger. Die Sitzung der Funktionäre findet heute, Mittwoch abend, 8 Uhr bei Band, statt.

Funktionäre Sellerhausen. Wegen Donnerstag stattfindendem Beizt, pünktlich 7 Uhr, Sophienstraße, nicht in der Bibliothek.

Tausch. Die Funktionäre von Tausch treffen sich heute abend eine Stunde vor der Bezirkskollation im Goldenen Löwen.

Südbezirk. Heute, abends 1/8 Uhr, Funktionärsitzung im Gambinus, Connwitz, Biederstrasse. Außerordentlich wichtige Tagesordnung!

Vöhring. Heute, 1/7 Uhr, im Gambinus, Connwitz, Sitzung des Vorstandes, der Zeitungskommission und der Auswärtigen. Wichtiges pünktliches Erscheinen ist Pflicht!

Deich-Gauisch. Funktionärsitzung fällt aus. Es hat jedes Parteimitglied in der Bezirksversammlung zu erscheinen.

Ostverein Böhl-Bölen. Donnerstag, den 19. August, abends 8 Uhr, im Park Böhl, Funktionärsitzung. Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Leusch. Der Diskussionsabend fällt heute abend aus.

Gohlis. Donnerstag, den 19. August, abends 8 Uhr, im Adaustrant: Parteifunktionärsitzung.

Milchwirtschaft in der Volksernährung.

Seit langer Zeit ist die Bevölkerung, die sich über die unzulängliche Ernährung beklagt, auf die neue Ernte verdrängt worden. Das Getreide sollte nicht mehr in der scharfen Weise ausgemahlen werden, auch sollten die Zuschläge wefallen oder doch herabgemindert werden. Nun war das Wetter in diesem Jahre für Wachstum und Reife des Getreides außerordentlich günstig, und die Getreideernte ist fast reiflich eingebracht. Aber trotz den hohen Frühdruckpreisen erfolgt die Ablieferung des Brotgetreides so mangelhaft, daß ein völliges Verlegen der Brotversorgung bevorsteht. Denn den Großgrundbesitzern genügen die Preise von 1400 Mk. für die Tonne Roggen und 1550 Mk. für die Tonne Weizen nicht. Sie halten mit der Ablieferung zurück, weil sie die Zwangswirtschaft sprengen und auch für das Brotgetreide den freien Handel durchsetzen wollen.

Unter dieser Preispolitik der Agrarier leiden natürlich am meisten die Zuschlagstoffe und besonders die Großstädte. In Leipzig wird das Brotmehl, das zu 95 Prozent ausgemahlen, modrig und muffig ist, zur Hälfte mit Ersatzmehlen von Gerste, Mais, Kartoffeln und Hülsenfrüchten gemischt. Daraus entsteht eine Sorte Brot, das stinkt und viele Magen- und Darmkrankheiten verursacht. Die Abmischung gegen das unappetitliche Brot ist soweit gestiegen, daß trotz dem Mangel an wohlfeilen Nahrungsmitteln das Brot in der letzten Zeit bei den Bäckern nicht abgeholt wurde und liegen blieb. Die darbennde Bevölkerung, die ein kräftiges, nahrhaftes Brot am nötigsten hat, verzichtet also darauf und wird in ihrer Ernährung und Widerstandskraft auch weiterhin gefährdet. Aber auch aus dem Kommunalverbande Leipziger-Land, der eine bessere Mischung des Mehles vorschreibt, mehren sich die Klagen über schlechtes Brot. Da markenfreies Feinbrot, bis zu 4 Mk. für das Pfund, in jeder Menge zu haben ist, so liegt der Verdacht nahe, daß von den Bäckermeistern die Vorschriften über die Mischung nicht immer richtig eingehalten werden. Das Mehl ist ihnen ja auch seit dem Kriege von den Ernährungsausschüssen gründlich beigebracht worden.

Taugt das Brot nichts, dann müssen die Kartoffeln herhalten. Aber auch bei der Kartoffelversorgung machen sich die Folgen der Profitwirtschaft sofort bemerkbar. Die hohen Preise für Frühkartoffeln veranlassen viele Landwirte, Winterkartoffeln herauszunehmen und als Frühkartoffeln zu verkaufen. Da die Winterkartoffeln, zu früh und unreif herausgerissen, sich nicht lange halten, kommen viele Sendungen schon verkauft in Leipzig an. In der vergangenen Woche mußten sechs Wagenladungen zu je 200 Zentner als gänzlich unbrauchbar zur menschlichen Nahrung wieder zurückgeschickt werden. Die Kartoffelstelle der Stadt Leipzig hat schon verschiedene Ladungen auslesen lassen, um so viel wie möglich für die menschliche Ernährung zu retten. Aber auch die ausgelassenen Kartoffeln sind immer noch sehr und der Preis von 50 Pfg. für ein Pfund ist viel zu hoch. In Chemnitz, Zwickau und andern Städten werden die Kartoffeln mit 40 Pfg. für das Pfund

verkauft. In Leipzig ist zweifellos die Spannung zwischen dem Einkaufs- und dem Kleinverkaufspreis viel zu hoch. Die Arbeiterlichkeit muß auf einen Abbau der Preise dringen. Eine endgültige Besserung der Ernährungsverhältnisse wird jedoch erst eintreten, wenn der Großgrundbesitz Eigentum der Gesamtheit geworden ist und eine planmäßige Erziehung und Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse stattfinden kann.

Der Leipziger Schlichtungsausschuß ein Hort der Reaktion.

In neun gutbesetzten Versammlungen, die vom Leipziger Gewerkschaftsrat einberufen waren, protestierten am Dienstagabend die Leipziger Hand- und Kopfarbeiter gegen die arbeitserfreundliche Tätigkeit des Leipziger Schlichtungsausschusses. In allen Versammlungen wurden die nachstehenden Forderungen der Schlichtungsausschuß-Besitzer angenommen:

1. Neubestellung der Vorsitzenden sämtlicher Kammern unter stärkerer Heranziehung aus Arbeiterkreisen.
2. Neubestellung sämtlicher Beisitzer nach dem Stärkeverhältnis der in Frage kommenden Berufe und Organisationen.
3. Gleiches Stärkeverhältnis der ständigen und nichtständigen Beisitzer, sowie gleiche Heranziehung selbiger unter Kontrolle der Beisitzer selbst.
4. Abberufung des jetzigen Demobilisierungskommissars Schäffer.

Im dichtbesetzten großen Saale des Volkshauses referierte Genosse Lieberzsch. Er führte etwa folgendes aus: Durch die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes waren die Gewerkschaftsvorstände und Beisitzer gezwungen, im Schlichtungsausschuß mitzuarbeiten. Mit dem Einsetzen der wirtschaftlichen Krise und dem Umschwung der politischen Verhältnisse machte sich beim Schlichtungsausschuß für die Kreishauptmannschaft Leipzig eine Entwicklung bemerkbar, die zur Kritik herausfordert. Der Schlichtungsausschuß offenbart sich immer mehr als Hort der Reaktion. An zahlreichen Fällen führte der Redner den Nachweis für seine Behauptung.

Die Metallarbeiter hatten einem Tarif nur zugestimmt mit der Bedingung, daß bei weiterfallenden Preisen auch die Löhne erhöht werden müßten. Durch einen Schiedsspruch vom 19. Mai wurde allen Metallarbeitern eine Lohnherabsetzung von 10 Prozent zugestimmt. Aber die Unternehmer lehnten den Schiedsspruch ab, und der Demobilisierungskommissar verweigerte die Erklärung der Rechtsverbindlichkeit, weil den Metallindustriellen weitere Kosten nicht zugemutet werden könnten. Er überläßt es den Parteien, sich aneinanderzusetzen. Dabei waren die Lohnzulagen von einem großen Teil der Unternehmer schon zugestanden worden, und in den übrigen Städten Sachsens und Thüringens werden auch höhere Löhne gezahlt, als in Leipzig. Die Metallindustrie hat so riesige Kriegsgewinne eingesackt, daß sie wohl in der Lage wäre, höhere Löhne zu zahlen. Auch bei den erneuten Forderungen und weiteren Verhandlungen ist der Ausschuß seiner Aufgabe, den Streit zu schlichten, nicht gerecht geworden, hat keine Verpflichtung ausgesprochen, sondern die Redensarten der Unternehmer als Grundlage gelten lassen. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses und des Demobilisierungskommissars das Bestreben, alle Verpflichtungen der Unternehmer abzulehnen. Bei den Klumpnern, bei den Schriftstellerschreibern, bei den Grapierern wurde die Verbindlichkeit abgelehnt. Beschwerden über Entlassungen wegen Arbeitsmangels wurden kurzerhand als aussichtslos abgetan. In dem Streitfalle eines Kaufers wurde dem beklagten Unternehmer vom Vorsitzenden eine unbedachte Äußerung des Richters als Entlassungsgrund nach § 123 der Gewerbeordnung nahegelegt. Dem protestierenden Arbeiterbeisitzer erklärte der Vorsitzende, er könne sich ja von der Beisitzerliste streichen lassen. In einem andern Spruche wird die Feststellung, ob Arbeit noch vorhanden ist, dem eigenen Ermessen des Unternehmers überlassen. Bei einer Streitfalle in der Holzindustrie wurde entschieden: Wenn der Unternehmer glaubt, damit die wirtschaftliche Grundlage seines Betriebes heben zu können, kann er die Arbeit einstellen.

Der Aug der reaktionären Entwicklung geht durch sämtliche Entscheidungen des Schlichtungsausschusses. Die Angaben der Unternehmer werden ohne weitere Prüfung als wahr unterstellt, die ablehnende Haltung der Unternehmer gestützt. Energieische Arbeiterbeisitzer werden nicht mehr geladen und die Unternehmerbeisitzer aus den rückständigsten Handwerksmeistern ergänzt.

Wenn auch die wirtschaftlichen Streitigkeiten nicht durch die Schlichtungsausschüsse aus der Welt geschafft werden, so müssen doch die Gewerkschaften die Schlichtungsstellen auch fernhalten anrufen, um die formalen Rechte der Arbeiter zu wahren. In der Aussprache meldete sich der Wirtschaftsminister Schwarz zum Worte. Wenn die gemachten Angaben den Tatsachen entsprechen, dann wären in Leipzig allerdings eine ganze Reihe von Fehlsprüchen erfolgt. Die Einrichtungen sollten dem Schutz der wirtschaftlich Schwächeren dienen. Die Krise sei noch lange nicht überwunden. Wenn die Unternehmer ihre Lage als schlecht darstellen, so könne das für die Arbeiter keine Veranlassung sein, ihre Forderungen zurückzusetzen. Ein Lohnabbau könnte erst eintreten, wenn die Preise gekunten sind. Die Schlichtungsausschüsse seien nicht der Ausfluß höchster Weisheit und könnten den Kampf zwischen Kapital und Arbeit nicht aus der Welt schaffen. Aber die Schlichtungsausschüsse müßten doch so schnell als möglich

wieder lebensfähig gemacht werden, um die formalen Rechte der Arbeiter zu wahren. Das Material solle reiflich gesammelt und der Regierung zur Verfügung gestellt werden, denn nur auf Grund von Tatsachen könne etwas unternommen werden. Er nehme an, daß die Differenzen in nächster Zeit beigelegt sein werden. Es müßten Garantien geschaffen werden, daß die Schlichtungsausschüsse kein Instrument für die Interessen der Unternehmer werden.

Den Forderungen der Beisitzer wurde von der Versammlung zugestimmt.

Zur Steuerpolitik der U. S. P. D.

Alarc, einheitliche Richtlinien über die Steuerpolitik der Partei, das ist es, was unseren Gemeindevetretern noch immer fehlt. Und doch müssen diese Richtlinien geschaffen werden, wenn nicht ein Durcheinander in unserer Steuerpolitik entstehen soll. Die Sozialistische Gemeinde, unsere kommunalpolitische Zeitschrift, beschäftigt sich in ihrer Nr. 15 mit der Steuerpolitik der U.S.P.D., wobei sie an einem Beispiel zeigt, „wie in der Steuerpolitik von uns nicht gehandelt werden darf“. Das Beispiel sind die Artikel, die die Leipziger Volkszeitung in Nr. 119, 120 und 121 an dieser Stelle veröffentlichte. Viele Genossen, die gezwungen sind, in der Gemeinde Stellung zu den Steuerfragen zu nehmen, blicken mit Erwartung auf die Parteileitung und besonders auf die Sozialistische Gemeinde; von dort erwarten wir die sozialistische Klarheit, die jetzt bei vielen Gemeindevetretern noch fehlt. Leider bringt auch der Artikel in Nr. 15 der Sozialistischen Gemeinde nicht die gewünschten klaren Richtlinien, man könnte vielmehr sagen, der Artikel ist ein Beispiel, „wie in der Steuerpolitik von uns nicht gehandelt werden darf“. Da unsere kommunalpolitische Zeitschrift richtunggebend für unsere Gemeindevetreter sein will, lohnt es sich, den Artikel näher zu betrachten.

In der ersten Spalte des Artikels sagt die Sozialistische Gemeinde:

„Aber die Macht der Besitzenden noch so groß, daß sie sich einer gewissen Besteuerung erwehren können, dann ist naturgemäß die Gefahr nicht minder groß, den Besitzlosen die Lasten um so mehr aufzubürden, ohne die der Staatsbankrott das Sicherste auf der Welt sein wird. Mehr als zuvor müssen daher die Vertreter der Arbeiterklasse, und muß diese selbst darauf bedacht sein, jede weitere Belastung durch direkte und mehr noch durch indirekte Steuern mit allen Kräften abzuwehren.“

Das ist völlig klar. Nach dieser Anweisung der Sozialistischen Gemeinde haben unsere Gemeindevetreter alle Steuern abzulehnen, die die Besitzlosen treffen. Sie haben dann in der Hauptsache nur noch für die zweckmäßige Verwendung der vom Reiche zugewiesenen Anteile aus der Reichseinkommensteuer zu sorgen, denn die übrigen, den Gemeinden zugewiesenen Steuerquellen sind indirekte Steuern (Steuern aus Gewerbebetrieben, Grundstückssteuer, Vermögenssteuer). Ganz so schlüssig meint es aber die Sozialistische Gemeinde nicht, denn sie sagt auf der dritten Spalte:

„Am übrigen aber möge daran erinnert sein, daß es Schablonen, nach denen wir unsere Politik machen könnten, nicht gibt. Am wenigsten sogar für die Steuerpolitik. Mit größter Gewissenhaftigkeit muß in jedem konkreten Falle, der Zweifel entstehen läßt, nachgeprüft werden und wenn nötig, Erkundigung einzuholen werden, bevor man Entscheidungen trifft.“

Auf der dritten Spalte ihres Artikels bespricht die Sozialistische Gemeinde die ablehnende Haltung der Stadtverordneten-Fraktion von Halle gegenüber der Luftfahrsteuer. Die halleischen Unabhängigen Stadtverordneten hatten zur Beurkundung ihrer Stellung gesagt:

„Die Haltung der Unabhängigen Sozialdemokratie zur Luftfahrsteuerfrage des Magistrats wird bestimmt durch grundsätzliche Gegnerchaft zum System der indirekten Besteuerung.“

Dazu schreibt die Sozialistische Gemeinde: „Ein in seiner Allgemeinheit völlig einwandfreier Satz.“

Die meisten Leser der Sozialistischen Gemeinde werden diesen Satz nur so verstehen, daß das Bekenntnis der halleischen U. S. P. Genossen zur „grundsätzlichen Gegnerchaft zum System der indirekten Besteuerung“ völlig einwandfrei ist. Dreizehn Zeilen weiter unten muß aber die Sozialistische Gemeinde selbst zugeben, „daß es der Erhebungsform nach indirekte Steuern gibt, für die wir gestimmt haben und stimmen müssen.“

Es haben also noch immer die klaren Richtlinien, nach denen unsere Gemeindevetreter handeln können. Die Sozialistische Gemeinde sagt auf Spalte 2:

Für die U. S. P. D. gilt überall nur eine Steuerpolitik, die orientiert sein muß nicht nach irgendwelchen Zweckmäßigkeitsgründen, sondern nach den Steuergrundlagen unserer Partei.“

Und in Spalte 4 sagt die Sozialistische Gemeinde:

„Steuerfragen als Zweckmäßigkeitsfragen behandeln, heißt einer unsicheren Zweckmäßigkeitspolitik Tür und Tor öffnen.“

Leider beugnet sich die Sozialistische Gemeinde mit der Forderung nach grundsätzlicher Steuerpolitik und mit dem Hinweis auf die Verhandlungen des Parteitagess von Jena im Jahre 1913. Deshalb ist es angebracht, daran zu erinnern, daß Genosse Wurm in Jena sagte:

Die Sozialdemokratie muß also für die Steuerbewilligung zwei Grundforderungen stellen: 1. Verwendung der Steuern im Interesse der Arbeiterklasse, 2. Belastung der wirtschaftlich Stärkeren. Das ist die Grundlage für unser Steuerprogramm.“

Nach diesen Grundforderungen muß es die Partei ablehnen (wie sie es auch schon getan hat), direkte Steuern, die nur von den

waren die Herren so feig, unhöflich und feindselig gewesen? Was meinte er mit seiner Rede? Das war die ertäumte Freiheit, die artigen Kavaliere in der Nähe zu sehen, ohne Bewachung! Bieleicht waren sie nicht so nett, wie sie sich den Anschein gaben. Aber gegen Luise waren sie ganz so gewesen, wie sie auf Vätern zu sein pflegten. Wie anders alles draußen in der Wirklichkeit war im Vergleich zu den Vorstellungen. Wie anders! Aber jedenfalls, Luise, die hatte sich amüßert!

Am folgenden Morgen meldete sich Tante Berthe an, um zum Dekan der Fakultät zu gehen und sich zu beklagen. Der Professor war unglücklicherweise ein Grobian, der die häßliche Angewohnheit hatte zu sagen, was er dachte, und die Tante hatte unglücklicherweise die Vorstellung, ein Professor müsse ein gebildeter Mensch sein, der wissen muß, was er sagen darf.

Die Tante kam natürlich zu einer Zeit, wo der Professor nicht empfing. Was kümmerte sie das. Er mußte, da es sich um die Ehre der Akademie und das Wohl der Jugend handelte. Schieflich wurde sie vorgelassen, trug ihr Anliegen vor und referierte die Rede. Der Professor sah sie wie ein neues Spezies an und antwortete schließlich:

„Was geht das mich an?“

„Was das Sie angeht?“

„Nein! Schrecklich langweilig! Und unhöflich sind die Herren gewesen.“

„Haben Sie geredet?“

„Nein, aber sie haben hier getrunken und unmoralische Reden gehalten. Der Vorkührende hat die Frauen mit Zellen und Krebzen und allem Möglichen verglichen!“

„Haben Sie die Frauen mit Tieren verglichen?“

„Ja, und dann hat er von Dingen gesprochen, die man in Büchern lesen kann, aber von denen man nicht spricht, ausgenommen in Vorlesungen.“

„Was hat er gesagt? Etwas Unpassendes?“

„Ja, beinahe. Und dann sind sie gegangnen, aber Luise ist geblieben.“

„Allein?“

„Allein, und dann hat sie geredet!“

„Geredet, allein! Das wollen wir uns doch merken“, sagte Tante Berthe. Und dann fragte sie nach allen Einzelheiten.

Wann ging spät zu Bett. Sie hatte über so vieles nachgedenken. Warum war es heute langweilig gewesen? Warum

Die Studentin oder Neubau.

Von August Strindberg.

Für die Gemeinde, die Familie genannt wird, brauchte die Gesellschaft einen Vertreter. Das Weib hatte innerhalb des Hauses mit den Kindern zu tun, und die Kinder waren zu unvernünftig, darum übernahm der Mann den nötigen Aufseher, und so kam der Mann sichtbar aus Ruher. Aber in den höheren, will sagen nicht arbeitenden Klassen, wo die Degeneration allmählich einsetzt, sind gewisse Symptome eingetreten. Das Weib hat sich dadurch erniedrigt gefühlt, daß es Königin war, und will wieder Arbeitsamele werden: will sagen zum Ameisenhaufen zurückkehren. Hierauf folgt natürlich, daß der Mann wieder zum Herrn tritt. Jetzt frage ich: gehen wir vorwärts, wenn wir zur Emanzipation gehen, oder gehen wir rückwärts? Hat das Weib recht, wenn es die Macht an sich reißen will, die ihr ursprünglich gehörte, und hat der Mann recht, wenn er Widerstand leistet? Ich glaube keiner hat recht unter den jetzigen Verhältnissen. Ich glaube, die Emanzipation ist eine Antizipation, etwas, das zu früh kam, denn wir stehen vor einer neuen Epoche in der Entwicklung der Gesellschaft: etwas, das weder dem Bienensforb noch den Dahomeys, weder der Auerhahnbalg noch der Schafherde gleichen wird, aber von allen Lehren annimmt. Wie weit die Arbeitsteilung in der neuen Gesellschaft gehen wird, wissen wir nicht, aber daß sie sich nicht über die natürlichen Grenzen jedes Geschlechts erstrecken wird, das nehmen wir für selbstverständlich an. Denn jetzt hat die Menschheit, scheint es, ihre gesunde Vernunft wiederbekommen, und Vernunft ist Natur.

Meine Damen, wenn ich mich an Sie wende, so geschieht es in Ihrer Eigenschaft als Frauen, und mit der Ehrerbietung, mit der ich immer zum Weibe aufgesehen habe, einer Ehrerbietung, die nicht vermindert wird, wenn ich Ihre Versuche sehe, das Schwere von den Schultern des Mannes zu nehmen und die Arbeit mit ihm zu teilen; Sie, meine Damen, haben den ersten Schritt zur Befreiung des Mannes getan, und darum bringe ich Ihnen im Namen meines Geschlechts einen herzlichsten Dank dar!

Die Schöne lachte und die Herren auch, aber am Ofen blies es still, unangenehm still. Und bald gingen die Damen an, sich zu erheben, um die Lieberleider anzusehen. Wie auf ein gegebenes Zeichen stürzten Herren herbei, um den Damen zu helfen, aber diese dankten mit deutlichen Gebärden, daß sie keiner Hilfe bedürftigen. Als sie angekleidet waren, zogen sie die Handschuhe an und warfen lange Blicke in den Saal hinein, wo die Schöne saß. Aber die verstand nichts, sondern trank ihr Bier und lachte. Bianche, die sie kannte, glaubte aus Artigkeit ihr sagen zu müssen, daß die anderen Mädchen gingen. „Ja, geht nur“, antwortete sie, — und sie gingen. Sie gingen durch das rauchige Restaurant und wurden mit frechen Blicken betrachtet, und sie kamen auf die Straße hinaus. Da blieben sie stehen, um auf die Straßenbahn zu warten. Zufällig sah sich Bianche um. Da hörte sie von innen Gelang und Klavierpiel. Sie trat ans Fenster und sah nun am Kouleau vorbei direkt ins Zimmer hinein: Zigaretten und Streichhölzer in allen Händen, frohe Mienen, Gesang und Spiel, und mitten in einer Gruppe stand Luise (so hieß die Schöne) und rauchte. Sie sah einen Stuch in der Brust. Jetzt amüßerten sie sich! Acht! Und Luise war allein mit allen Herren. Welche Unmoralität. Welch schlechtes Mädchen! Aber sie amüßerten sich jedenfalls!

Als Bianche nach Hause kam, sah Tante Berthe da und wartete auf Rapport. „It es nett gewesen?“

„Ja, beinahe. Und dann sind sie gegangnen, aber Luise ist geblieben.“

„Allein?“

„Allein, und dann hat sie geredet!“

„Geredet, allein! Das wollen wir uns doch merken“, sagte Tante Berthe. Und dann fragte sie nach allen Einzelheiten.

Wann ging spät zu Bett. Sie hatte über so vieles nachgedenken. Warum war es heute langweilig gewesen? Warum

Freiwilligen erhoben werden, zu bewilligen, wenn der Verwendungsgegenstand der Arbeiterklasse feindlich ist, wie sie auch indirekten Steuern zugestimmt hat, wenn sie den zwei Grundforderungen entsprechen. Unsere Gemeindevorsteher haben sich also bei jeder Steuererhebung zu fragen: Zu welchem Zwecke sollen die Steuern verwendet werden? Sie müssen weiter fragen: Wer soll die Steuer tragen? Danach haben sie ihre Entscheidung zu treffen. Das ist eine Entscheidung nach der Zweckmäßigkeit. In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie nie andere als Zweckmäßigkeitspolitik getrieben.

Im besonderen wendet sich die Sozialistische Gemeinde dagegen, daß in den erwähnten Anträgen verlangt wurde; von zwei Nebenstellen das kleinere zu wählen. Da ist es natürlich, ebenfalls auf die Verhandlungen in Jena hinzuweisen. Am Reichstag war damals die große Wehrvorlage gegen die Stimme der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossen worden. Zur Deckung sollte der Wehrbeitrag und die Reichsteuer dienen. Hätte die Fraktion dieser Steuererhebung abgelehnt, so wäre die Wehrvorlage trotzdem durchgefallen, denn sie war ja schon vorher beschlossen. Es bestand aber bei einer Ablehnung der geforderten Reichsteuer und des Wehrbeitrages durch die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Gefahr, daß sich im Reichstag dann eine Mehrheit für indirekte Steuern gefunden hätte. Deshalb stimmte die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion dem Wehrbeitrag und der Reichsteuer zu, obwohl sie damit für den Militarismus Mittel bewilligte. Der Parteitag von Jena hielt diese Abstimmung durch die Annahme der Resolution Wurm mit 338 gegen 140 Stimmen gut. Damit hat die Sozialistische Gemeinde gleich ein Beispiel von der Politik des kleineren Übels. Zudem sagte Genosse Wurm in Jena ausdrücklich:

„Überall suchen wir für die Arbeiter zu wirken — und wir können es meist nur durch Entzeten für das kleinere Übel.“ (Protokoll S. 440, auch S. 441.)

Mit der in Spalte 1 von der Sozialistischen Gemeinde geforderten Ablehnung jeder weiteren Belastung durch direkte und indirekte Steuern ist es also nicht, denn es soll nach der Sozialistischen Gemeinde in jedem konkreten Falle nachgewiesen werden.

Mit der in Spalte drei geforderten Ablehnung aller indirekten Steuern ist es auch nicht, denn die Sozialistische Gemeinde schreibt selbst: „es gibt indirekte Steuern, für die wir stimmen müssen“.

Auch die in Spalte vier ausgesprochene Verurteilung des Grundgesetzes, daß von zwei Nebenstellen das kleinere zu wählen ist, hält nicht stand, wie die Verhandlungen von Jena deutlich zeigen.

An die Elternräte! Am kommenden Montag veranlaßt das Arbeiterbildungsinstitut für die Elternratsmitglieder aller Fraktionen eine Extravorträge über die Wagnis-Aktionen. Wagnis-Aktionen sind die Wagnis-Aktionen im Kampfe gegen den Alkoholismus und die Wagnis-Aktionen im Kampfe gegen den Tabakkonsum. Die Elternräte, ohne Unterlass ihrer reaktionären oder opportunistischen, sich über den Wert der Wagnis-Aktionen zu unterrichten. Die Elternräte der einzelnen Fraktionen werden aufgefordert, die Mitglieder aller Fraktionen zu der am Montag, dem 21. August, abends 7 Uhr, im August-Schmidt-Haus stattfindenden Vorstellung einzuladen.

Am 20. August, abends 7 Uhr, findet für alle Elternräte ein Vortrag im Volkshaus über „Sozialistische Auswertung des Sächsischen Schulgesetzes“ statt. Auch hierzu wird der vollständige Besuch aller Elternräte erpariert. Die Eltern werden aufgefordert, in Elternversammlungen sich zu vergewissern, ob ihre Vertreter auch die von der Zentrale gebotenen Bildungsangelegenheiten benützen!

Die Zentrale. Die städtische Platzbestimmungs- und Beratungsstelle in der Markthalle (Turnzimmer auf der Galerie) ist zur unentgeltlichen Benutzung täglich von früh 7 bis 8 Uhr geöffnet. — Auskunft über Namen, Wert und Verwendbarkeit der Pläne wird ferner unentgeltlich erteilt in der Platzbestimmungsstelle für die Stadt und Umgebungsstadt Leipzig im Naturkundlichen Heimatmuseum (Tröndlinring 1, Gewerbeausstellung), und zwar täglich von 12 bis 1 Uhr und außerdem Montag und Mittwoch von 5 bis 6 Uhr. Von auswärts zur Bestimmung einzelner Pläne müssen mit Rückantwortkarte versehen sein. Zum Selbstbestimmen der Pläne kann im Heimatmuseum eine reichhaltige Ausstellung von Plänen benutzt werden, die täglich von 8 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr offen steht. — Freitag, abends 1/2 8 Uhr, spricht der Vorsitzende des Museums über Volkskundliche Pläne. 1. Antike Wohnplätze.

Ein großes Sarrazin-Fest soll am Freitag, dem 20. August, nach Schluß der Abendvorstellung auf dem Schauspiel abgehalten werden. Direktor Hans Stöck-Sarrazin will durch diese Veranstaltung seinen Dank darbringen für die Teilnahme, die ihm beim Einzug seines Festes zuteil geworden ist.

Sozialistischer Abend und Bescheid, Wahren. Der Rufus Goetz muß umfänglich auf Freitag verlegt werden. Freitag, den 20. August, Fortsetzung zweiter Vortrag in der Schule.

Polizeinrichten.

Warnung vor einem betrügerischen Anwerber! Zwei junge Leute lernten vor einigen Tagen in der Stadt einen 19-20 jährigen Menschen in Matrosenuniform kennen, der sich Hermann — möglicherweise tritt er auch unter dem Namen Wächter oder Fischer auf — und angab, von der Marine zur Anwerbung von Matrosen hierher beurlaubt worden zu sein. Er erzählte jenen weiter, daß er bei der Winesucherkontrollen in Hensburg unterbringen könne, allerdings wäre das von der Zahlung einer Kaution in Höhe von je 250 Mark abhängig, da einige junge Leute nach der Entladung mit den Sachen verschwunden seien; beim hiesigen Generalkommando sollten das Geld und die Ausweispapiere hinterlegt werden. Die Betrüger schenkten den Worten des Dritten Glauben, verschafften sich die verlangte Summe und händigten sie sowie ihre Ausweispapiere dem angeblichen Horn aus. Dieser schleppte die beiden Freunde nun mit nach dem Generalkommando und von da nach dem Landesfinanzamt in

Kleine Chronik.

Elektrizitätsgewinnung aus der Luft. Die Prager deutschen Blätter melden nach der Prager Zeitung eine Erfindung des deutsch-böhmischen Technikers Gustav Wenner in Billin, die atmosphärische Elektrizität für technische Zwecke nutzbar zu machen. Das System Wenners unterteilt sich von dem des Hamburger Bauern, welcher gasgefüllte Festballons emporsieht, um atmosphärische Elektrizität daran zu sammeln, dadurch, daß an Stelle der Ballons 12 Meter hohe Masten treten, welche kleine, mit zahlreichen Spitzen versehene Metallspitzen tragen. Das System ist äußerst einfach. Bei dem Versuch wurde gleichzeitig ein kräftiges Lichtwerk und eine Glühlampe durch die Elektrizität eines Mastes getrieben. Die Spannung betrug 300 bis 1500 Volt.

Krapotkins „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“. In der Freitagssnummer (159) wurde in dem Artikel „Neue Auflagen und neue Ausgaben“ von dem obigen Buche gesagt, die neue Auflage bestehe nur darin, daß der aufgedruckte Preis von 2 Mk. überstrichen sei; es handle sich offenbar um alte Ware, nur daß sie jetzt das sechsfache oder noch mehr kostet. Der Verlag Theodor Thomas, Leipzig, hat uns durch Vorlage der alten und der neuen Auflage überzeugt, daß diese Annahme ein Versehen war. Er erklärt sich daraus, daß der Verlag für die neue Auflage einen Teil übrig gebliebener älterer Umschläge von der ersten Auflage, denen noch der alte Preis aufgedruckt war, verwendet hat. Die Annahme, daß hier eine unerschöpfliche Verteuerung unter dem Deckmantel einer vorgespickten neuen Auflage verhandelt werde, ist also hinfällig. Der Verlag Theodor Thomas hat korrekt gehandelt.

Deutsche naturwissenschaftliche Gesellschaft, Schletterstraße 10, 7. und Fortbildungsschule. Freitag, den 20. August, abends 7 Uhr, Vortrag von Dr. Kriebel über die mitteldeutsche Landschaft. Gäste willkommen.

der Richterstraße, angeblich um die erforderlichen Formalitäten zu erfüllen, was er aber wohlweislich selbst besorgte. Nachdem er sie noch für Nachmittag zur Arbeit auf den Hauptbahnhof bestellt hatte, entfernte er sich, um sich nicht wieder sehen zu lassen. Später, leider aber zu spät, merkten die beiden jungen Leute, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen waren. Es sei vor ihm gewarnt. Geeignete Mittelungen zur Ermittlung des Betrügers werden schleunigst an die Kriminal-Abt. oder die nächste Wache arbeits.

Gelbstes wurden in den letzten Tagen u. a.: 1 fast neuer gelbener Ledertisch, 6,13 m lang und 7,5 cm breit, sowie ungefähr 1/2 Zentner in weiches Vamspapier eingewickelte Bonbons, Marke „Kipera“, aus dem Arbeitsraum einer hiesigen Zuckwarenfabrik; der Täter hat am Tatorte eine 37 cm lange, vierkantige Feile ohne Heft zurückgelassen. — 1 Damenbedeckung und 1 Damenkopfschmuck mit glatt rotem, H. K. ges. Inlet sowie ein weißes, H. K. ges. Bandentuch aus einer Erdgeschloßwohnung in der Hospitalstraße u. a. 1 leinwand Männerhemd, M. B. ges., 1 amerikanischer Hosen und 1 Hemd aus Gummil. — 1 goldene Damenuhr am goldenen Gliederarmband mit Doppelverschluss in einem schwarzen, mit blaufarbigen Samt gefüllten Etui, worin sich die Firmenbezeichnung Hermann Schwarz, Universitätsstraße, befindet, durch Einstecken aus einer Erdgeschloßwohnung in der Kaiser-Wilhelm-Straße. — Endlich eine Schnellreidmaschine, Marke „Adler“, aus einem Bureau am Parkfußgässchen. Vor Ankauf wird gewarnt. Käufern lasse man fernnehmen. Alle sachdienlichen Wahrnehmungen teile man der Kriminal-Abteilung oder der nächsten Wache sofort mit.

Lebensmittelkatalog für Donnerstag, den 19. August.

Für Haushaltungen.

Anmeldung, Fleisch: Leichter Tag — abzugeben Fleischmarken D und Fleischmarkt 17 für Kriegesgefangene. Ausgabe, Kohlenkarten für Untermieter: Ausgabe im Kohlenamt Gerberstraße 3, 1., Buchstabe K des Vermieters. 40. Kartenausgabe: Nr. 1901—1900. Fleisch für Erwerbslose: Ausgabe im Schauamt (Schlachthof) Nr. 4801—5400.

Für Händler.

Mälzextrakt, Reis, Kunstseide, Teigwaren, Saserflocken; Bezugszertifikatsnahme. Nahrungsmittel für Kleinkinder und Säuglinge: Bezugszertifikatsnahme.

Aus der Umgebung Leipzigs.

Kinobesitzer — Kriegsgeschädigte.

Einen recht eigenartigen Begriff von dem Dank des Vaterlandes Kriegsgeschädigten gegenüber scheint der Sohn der Kinobesitzerin Müller in Böhlich-Chrenberg zu haben. Nicht nur, daß man dem armen schwer Kriegsgeschädigten Vorführen Kriegen den Tariflohn nicht zahlt, sondern der Sohn der Besitzerin bietet K. auch noch Prügel an, schimpft auf den Verband und will alles „in die Presse“ hauen.

Die Kinos- und Filmangestellten haben am Sonntag in ihrer Verammlung gegen den feinen Herrn Stellung genommen und beschlossen, dieses Gebaren den Kinobesitzern von Böhlich-Chrenberg, sowie den Lesern der Zeitung zu unterbreiten. Nicht nur der Transportarbeiterverband, sondern auch das Kreisamt für Arbeiterfürsorge hat gegen die Firma Stellung nehmen müssen. Von härteren Maßnahmen hat die Sektionsleitung noch abgesehen, da die Firma zum Bezahlen von 173 Mk. und Wiedergestellung des K. von seiten des Tarifamtes der Kinobesitzer und der Organisation verurteilt ist. Sollte die Firma sich weigern, heidem nachzukommen, so wird gegen die Firma vorgegangen werden, und die Deffektivität wird Weiteres erfahren.

Deutscher Transportarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig, Sektion der Kinos- und Filmangestellten.

Mit der Regelung der Gemeindefinanzen befaßte sich eine Konferenz der rechtssozialistischen Gemeindevertreter in der Amtshauptmannschaft Chemnitz. In einer angenehmen Resolution wird von der Regierung gefordert, daß sie auf kleinstmöglichem Wege den einzelnen Gemeinden die Summe derjenigen Beträge bekannt gibt, die den Gemeinden aus dem allgemeinen Steuerertragsauskommen in Aussicht stehen, damit die Gemeinden bei der Aufstellung ihrer Haushaltspläne wenigstens hinsichtlich dieser Beträge Klarheit haben, schon deshalb, um auf dieser Grundlage an die Erschließung weiterer Steuerquellen gehen zu können. Weiter wird erwartet, daß, nachdem die Reichseinkommensteuer fließt, den Gemeinden aus den Einnahmen sofort Anteilsbeiträge überwiesen werden.

d. Beuba. Aus dem Gemeinderat. Die Pflaumenpflanzungen an der Zweenfurth-Brandler Straße werden von der Gemeinde selbst bewirtschaftet, um den Einwohnern einen Teil Pflaumen sicherzustellen. Um ein unbefugtes Entwerden von Pflaumen nach Möglichkeit zu verhindern, werden sie unter Aufsicht und unter besonderer Schutz der Einwohner gestellt. Es soll sich zeigen, ob Interesse für die Allgemeinheit in gewissen Maße vorhanden ist. — Der Steinbruchbesitzer Preßler hat die Verlegung des Fußweges am Teingraben erlangt beantragt. Dieser soll in Zukunft von Kleinsteuberg an der Bahn entlaufen bis zum Feldschlößchen. Die Verlegung war vor einigen Jahren schon im Gange, ist aber von Preßler wieder fallengelassen worden. Die an diesem Projekt Beteiligten sollen nunmehr in gemeinsamer Sitzung über die Ausführung beraten. Des Weiteren erteilt Preßler um Genehmigung der Abführung seiner Subwasser aus dem Kriechbruch in die Drischschule. Dagegen werden keine Bedenken erhoben, nur muß das Anschlußrohr einen geringeren Durchmesser haben als die Drischschule an der Anschlußstelle. Ein Sachverständiger ist zuvor noch anzuhören zu hören. Die Räumung der von J. widerrechtlich innehabenden Wohnung dürfte nun endlich doch vorgenommen werden, obwohl bisher durch allerlei Gründe dieses durch J. verhindert wurde. Die Behebung der Wohnung durch J. mußte allerdings sofort unmöglich gemacht werden, dann wäre manch unlesbarer Austritt erspart geblieben. Zeit ist es auch, daß dieses Handeln gegen die Wohnungsbestimmungen dem J. und nicht zuletzt dem Hausbesitzer E. deutlich gemacht wird. Der Wohnungsausschuss wird in Zukunft der Wohnungsgewerkschaft erhöhte Aufmerksamkeit widmen müssen. In Anbetracht dessen, daß die Zustände im St.ichen Grundstück von einzelnen Mietern auf die Spitze getrieben werden, nimmt der Wohnungsausschuss Gelegenheit, durch Vermittlung mit Mietern aus einem Nachbargrundstück einen Wohnungsaustausch in die Wege zu leiten. Ob es gelingen wird, auch die rabiaten Mieter dafür zu gewinnen, ist nach dem bisher Geleisteten zu bezweifeln. Die Handlungsweise der Streitsüchtigen wurde als längst viel zu weitgehend verurteilt, und das für sie auszufällende Zeugnis kann nur ein bescheidenes sein. Menschenfreundlichkeit und moralischer Tiefstand stehen in diesem Falle auf einer Stufe. Die letzten Endes unausbleiblichen Konsequenzen werden die Betroffenen aber selbst zu tragen haben. Ueber „harte Maßnahmen“ mögen sie sich dann aber nicht beschweren, ebensowenig wie über „hässliche Behandlung“.

p. Schleich. Gewerkschaftsfest. Begünstigt durch herrliches Wetter feierte am Sonntag die Scheudiger Arbeiterkraft ihr Gewerkschaftsfest. Es war ein Freudentag, hauptsächlich für die Kinder. Ein städtischer Zug mit mehreren Musikchören bewegte sich durch die Straßen nach dem Bürgergarten. Das Fest war ausgezeichnet vorbereitet. Die Kinder und die Jugend haben sich unter Anleitung der Spielleiter den ganzen Nachmittag ausgelassen. Zur Abwechslung gab es Brezeln, Würstchen und Semmeln zu essen und Limonade zu trinken. An den Augen und der Fröhlichkeit der Kleinen konnte man sehen, daß es so richtig nach

ihrem Art getroffen war. Aber auch für die Großen war durch allerlei Kurzweil Sorge getragen. Jedoch war bei ihnen die fröhliche Stimmung nicht gegeben. Bei dem Ernst der heutigen Zeit auch begreiflich. Allen, die zur Verschönerung des Festes beigetragen haben, gebührt für ihre Aufopferung Anerkennung.

Beizefverband Grimma.

Freitag und Sonnabend, den 20. und 21. August, kommen 180 Gramm Feischfleisch — für Kinder 90 Gramm — zur Verteilung.

Sächsische Angelegenheiten.

Die weitere Erhöhung der Getreidepreise in Sachsen abgelehnt. Von dem Verband sächsischer Landwirte war das Wirtschaftsministerium gebeten worden, beim Reichswoerndungsministerium für Erhöhung der Getreidepreise auf die ursprünglich ins Auge gefaßte Höhe von 85 Mark für einen Zentner Roggen, Hafer, Gerste und Weizen einzutreten, da die sächsischen Lohntarife im Hinblick auf die erhöhten Preise abgeschlossen worden seien oder demnächst abgeschlossen würden.

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat das wie folgt abgelehnt: „Das Ministerium ist nicht in der Lage, beim Minister für Ernährung und Landwirtschaft die vom Verband sächsischer Landwirte gewünschten Vorstellungen zu erheben. Obgleich die Mehrheit des Reichsrates, darunter die Mehrzahl der Preußen und Bayern, für wesentlich niedrigere Preise eintrat, hat sich Sachsen im Reichsrat ungeachtet seiner Zustandsbedürftigkeit den Vor schlägen Württembergs angeschlossen, die den festgesetzten Preisen entsprechen. Bei der Stoßungnahme der überwiegenden Mehrheit des Reiches würden die gewünschten Vorstellungen keine Aussicht auf Erfolg haben und es kann dahingestellt bleiben, ob die geforderten höheren Preise nicht eine unerträgliche Belastung der Gesamtinteressen darstellen würden.“

Noch höhere Milchpreise?

Nach einer Meldung der Dresdner Volkszeitung machen sich seit einiger Zeit bei einem Teile der sächsischen Landwirte Bestrebungen geltend, die auf eine neuerliche Erhöhung des Milchpreises hinauszielen. Es wird ein Erzeugerhöchstpreis von 3 Mk für das Liter verlangt. Das sächsische Wirtschaftsministerium soll absolut nicht geneigt sein, diesem Verlangen stattzugeben.

Die agrarische Proletariat treibt immer neue Pläne. Wenn dem Verlangen nachgegeben würde, bedeutete dies den Tod von tausenden Kindern und Kranken. Die arbeitende Bevölkerung ist jetzt schon kaum mehr in der Lage, die Milch für die Kinder zu kaufen. Die agrarische Unverschämtheit geht wie immer über jeden Preis.

Landtagswahlen und Beamtenkandidaturen.

Der Bundesvorstand des sächsischen Gemeindebeamtenbundes hat den geschäftsführenden Vorstand des Deutschen Beamtenbundes (Landesgruppe Sachsen) ersucht, bei den Parteien anzufragen, ob sie geneigt sind, Beamte an auswärtsreichen Stellen ihrer Kandidatenliste zur Landtagwahl aufzustellen. Sollte dies abgelehnt werden, soll zur Auffüllung eigener Kandidatenlisten der Beamtenorganisationen geschritten werden.

Die neuen Schlachtviehpreise.

Nach der Verordnung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft vom 7. August 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1547) darf beim Verkauf von Schlachtvieh durch den Viehhalter der Preis für 80 Kilogramm Lebendgewicht nicht übersteigen: I. bei Kindern: Klasse A (vollstehenden Kindern) 340 Mk., Klasse B (stehtigen Kindern) 300 Mk., Klasse C (angefangenen Kindern) 240 Mk., Klasse D (gering genährten Kindern, einschließlich gering genährten Ferkeln) 190 Mk. II. bei Kälbern: unter drei Monaten 350 Mk. III. bei Schweinen (die Bestimmung, daß Schweine, für die Verordnung Nr. 79 vorgelegt werden kann, mit 500 Mark bezahlt werden dürfen, wird hierdurch nicht berührt). IV. bei Schafen Klasse A (I) 300 Mk., Klasse B (II) 310 Mk., Klasse C (III) 280 Mk., Klasse D (IV) 200 Mk.

Herabsetzung des Kartoffelpreises.

Das Wirtschaftsministerium gibt bekannt, daß der Höchstpreis für Kartoffeln beim Verkauf durch die Erzeuger für den Preis nach Sachsen ab 18. August zunächst auf 28 Mk. für den Zentner herab gesetzt wird.

Zur Frage des Religionsunterrichts.

Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins wendet sich mit folgender Aufforderung an die Mitglieder des Sächsischen Lehrervereins:

„Die vom Vorstande am 8. April ausgesprochene Erwartung auf baldige Klärung in der Frage des Religionsunterrichts durch das Reichsgericht hat sich nicht erfüllt.“

Nach vor dem Spruch des Reichsgerichts erklärte das Unterrichtsministerium in der Verordnung vom 15. Mai, daß ein Unterricht sächsischen und religionsgeschichtlichen Inhalts nicht als Religionsunterricht im Sinne von Artikel 140 Absatz 1 der Reichsverfassung anerkannt werden könne.

Die Lehrerschaft hat durch ihre Abstimmung fast einstimmig befunden, daß sie einen konfessionell gerichteten Religionsunterricht ablehnt, daß sie aber bereit ist, einen Unterricht mit Sächsischen geistungsgebildeten Inhalts zu erteilen, wie ihn die Verordnung vom 15. Mai an Stelle des Religionsunterrichts vorseht.

Der Vorstand des Sächsischen Lehrervereins fordert nunmehr seine Mitglieder auf, entsprechend dieser Abstimmung zu handeln und der vorgelegten Dienstbehörde zu erklären, daß sie die für den Religionsunterricht angelegten Stunden nur in diesem Sinne ausfüllen werden.“

sk. Dresden, 17. August. Eine Versammlung der Dresdener Postausbeleger beschloß, gegen die Absicht der Oberpostdirektion, in Zukunft nur eine dreimalige tägliche Briefbestellung stattfinden zu lassen, um Personal zu sparen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln vorzugehen. Sie verlangen die sofortige Zurückziehung der Verfügung, Verhandlungen mit den Betriebsräten und Betriebsabmännern und Entschließung der Oberpostdirektion bis zum 20. August.

Kobemlich i. B. Nach Anberaumt hatte sich hier der achtjährige Kurt Melzel an ein Lastfuhrwerk angehängt. Beim Abbiegen geriet er mit dem linken Fuße in die Spalten des Hinterrades, wurde überfahren und sofort getötet.

Wbau. Einen gefährlichen Fund machte im benachbarten Sohlund der Sohn des Dachdeckermeisters Drescher. Er fand beim Wähen im Garten des Marinstiftes in der Nähe der Dorfstraße eine noch nicht entladene Fliegerbombe. Wie diese dorthin gekommen ist, ist noch nicht aufgeklärt.

Nochmals der Streik der Weißfabrikanten.

Die Verlagshandlung Phil. Reclam Jun. schreibt uns: In dem Artikel Ihrer Sonnabend-Nummer vom 7. d. M. (Nr. 145 zweite Beilage) „Der Streik der Weißfabrikanten“ hält es der Verfasser für angebracht, insbesondere auf die Verteuerung des Reclam-Buches zu empfehlen. Die Volkszeitung selber erbringt durch den Aufdruck am Kopfe jeder Nummer — Monatspreis 6 Mk. — gegen früher 60 Pf. — den besten Beweis dafür, daß eine Reclam-Nummer jetzt das 10fache, also 2 Mk., statt 20 Pf.

in Wg. Kosten müßte diese Ausgabe stützt nicht; die Leipziger Volkzeitung kostete 1914 80 Pfg., ist also nicht um das zehnfache — gestiegen, und dem Sortimentsbuchhandel steht der auch sehr geringe Votenlohn der Zeitung gegenüber. (Redaktion D. L. B.), während sie einschließlich des hohen Sortiments-Rabattes auch heute noch nur 1.50 Mk. kostet, nicht wie der Kritiker behauptet, „so viel, wie früher Schillers gesamte Werke in Volksausgabe, (das wäre 3 Mk.). Ganz abgesehen aber davon, beweist der Vergleich mit allen andern Preissteigerungen, daß Reclam in dem aufrichtigen Bestreben, das geistige Brot des deutschen Volkes möglichst billig zu halten, seine „kapitalistische“ Interessen idealen Bestrebungen unter großen Opfern untergeordnet hat. Wäre der Verfasser wirklich ein Kenner der Verhältnisse im Buchhandel, so wäre ihm auch nicht entgangen, daß der Verlag Reclam der erste gewesen ist, der die Gelegenheit wahrgenommen hat, dafür Sorge zu tragen, daß der höchste Sortiments-Teuerungszuschlag von 20 Prozent für seine vollständigen Ausgaben nicht mehr erhoben wird. Die Möglichkeit dazu gab eine Bekanntmachung des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler vom 23. Juli d. J., des Börsenvereins, auf dessen Geheiß und Leitung Reclam im übrigen nicht den mindesten Einfluß hat, was freilich jedem außer dem Kritiker bekannt ist. Und wäre es ihm aufrichtig um wahrheitsgetreue Berichterstattung und positive, wirklich fruchtbare Kritik zu tun gewesen, so hätte er die 300 Schritte von der Redaktion der Volkszeitung bis zum Verlagshaus Reclam nicht scheuen dürfen. Es hätte ihm klar und unüberleglich bewiesen werden können, daß Reclam trotz der riesigen Umsätze nicht zu den Verlegern gehört, die auf Kosten der Allgemeinheit Kriegs- und Revolutionsgewinne gemacht haben und hätte er den Artikel des „famosen rechnenden Professors“ richtig gelesen, so hätte er erfahren, daß Reclam nur dann vor der Tatsache stünde, die Erzeugung seiner Kosten einstellen zu müssen, wenn er gendigt sein würde, noch weiterhin den Preis zu erhöhen, bezw. wenn in Deutschland nicht Mittel und Wege gefunden werden, die Reclam-Bibliothek zu einem erschwinglichen Preise herauszubringen. Er hätte aber bei seinem auch jetzt noch erbetenen Besuch im Verlagshaus Reclam erfahren, wie sehr der Verleger es beunruhigt, daß nicht ohne eine weitere Verteuerung des Reclam-Buches den geistigen Mitarbeitern die gleiche Steigerung ihrer Honorare geboten werden kann, wie den an der Herstellung des Buches beteiligten Handarbeitern. Vielleicht hätte er zu den verstorbenen lang und reichlich erwogenen Plänen in dieser Richtung einen Vorschlag zu machen, der neben der zutage tretenden Idee den Vorzug der praktischen Durchführbarkeit hat. Doch der „Buchhändler“, „Monopolist“, „Trustmann“, „Stinnes“, der „Geistesförderer“, Reclam vor dem Urteil der ganzen Welt und auch vor den Lesern der Volkszeitung mit seiner Preiskonstanz und allen seinen Maßnahmen wohl versehen kann, darüber kann aus dem Prospekt „Die Verteuerung des Reclam-Buches“, der zur Verfügung steht, jedermann sich selbst ein unbeeinträchtigtes Urteil bilden.

Die Verlagsbuchhandlung Philipp Reclam jun., Leipzig.
Der Verfasser des angegriffenen Artikels erwidert darauf:
Herr Philipp Reclam jun. hat in der sichtbaren Aufregung, in die ihn der von ihm kritisierte Artikel der Leipziger Volkzeitung versetzt hat und die mensichlich durchaus begreiflich erscheinen mag, unsere allerbittigste Kritik an den bühnenkapitalistischen und monopolistischen Verhältnissen im Buchhandel und Verlegergeschäft zum mindesten recht oberflächlich gelesen. Denn er erwidert zum größten Teil auf Vorwürfe, die wir gar nicht gegen ihn oder seine Firma persönlich, sondern gegen das System als solches vorgebracht haben. Wir haben zum Beispiel gar nicht behauptet, daß er seinen famoson Vorschlag zur Steigerung der Buchproduktion gemacht hat, wohl aber war es einer seiner Kollegen — und ein recht angesehenen Kollegen — Herr Lehmann in München, der nach unserer Behauptung diese positive kategorische Forderung erhob. Will Herr Reclam aber das ableugnen, was schwarz auf weiß im Wörlenblatt gestanden

hat? Er wird zugeben müssen, daß der Maximalist Mikowski im Berliner Tageblatt einen Lastverlag und Vorstoß nach derselben Richtung bedeutete, die Herr Lehmann kategorisch einzuschlagen aufforderte. Mehr ist von uns über ihn gar nicht behauptet worden.

Wo hätten wir ferner behauptet, daß er persönlich einen redaktionellen Einfluß auf das Wörlenblatt ausübt? Doch aber seine Klasse diesen Einfluß ausübt und daß in diesem Blatt wahrhaftig nicht die Interessen der Buchkäufer oder gar die der Buchschreiber, sondern nur die der Verleger (und zwar gerade der Großverleger) vertreten werden, wird er ebenfalls nicht leugnen können. Oder will er die Aktivität der begeisterten Selbstverteidigung wirklich soweit trocken, daß er diesen ganz bestimmten Interessensfaktor gerade des Wörlenblattes ableugnet?

Wenn Herr Reclam es ferner bestreitet, daß er auf Kosten der Allgemeinheit Kriegs- und Revolutionsgewinne gemacht hat, nun, so hat er wieder eine Behauptung auf sich allein bezogen, die wir nur für die Klasse, der er angehört, aufgestellt haben und auch noch heute aufrechterhalten. Ein einziger typischer Kriegsroman zum Beispiel (Walter Moems Das eiserne Jahr) hat, wie seinerzeit durch alle Zeitungen unumwiderrprochen gegangen ist, dem Verleger eine Summe als Kriegsgewinn abgeworfen, mit der man allein sich eine Villa in der Karl-Tauchnitz-Strasse errichten kann. Der Verdienst an diesem typischen jener „Kriegsroman“ reichte den Verleger sogar so, daß er den Vutor vorantrieb, unter allen Umständen eine Fortsetzung und einen weiteren Band zu schreiben, ob er in dem Zusammenhang pahte oder nicht. Er war auch danach... Die Kriegs- und Revolutionsgewinne des gesamten Buchgeschäfts — und von denen allein haben wir gesprochen — waren so groß, daß Neugründungen ganz kleiner Buchhandlungen zum Beispiel — in Herrn Reclams unmittelbarer Nähe sogar — mit kaum 10.000 Mk. während des Krieges erfolgt sind und daß diese selben Gründer heute bereits mit Betriebsfonds von rund einer halben Million Mark arbeiten. Was Herr Reclam speziell „verdient“ oder nicht verdient hat, interessiert uns auch heute noch nicht.

Und schließlich die Honorarfrage für die Autoren. Herr Reclam selbst vertritt an die Schriftsteller, die er sich heranholt, einen vorgezeichneten Vertrag; das ist die Regel bei allen Großverlegern. Wir hatten das Vergnügen, kurz vor Niederschrift unseres Artikels einen solchen zu Gesicht zu bekommen. Darin verpflichtete sich Herr Reclam zu- und handschriftlich ein Honorar zu zahlen (für ein ganzes Reclamheft), das auch nur den Wochenverdienst eines erwachsenen Menschen auch bei spärlichster Lebensführung in seiner Welle bestreiten kann. Das Honorar — 100 Mark — ist vielleicht gegen früher auf das Doppelte (wirklich das Doppelte!) erhöht. Der Preis der Heftchen hat sich aber vorraicht! Natürlich spielen die Papierpreise, die gestiegenen Löhne usw. eine Rolle für den Verleger, eine gewichtige sogar. Aber wie wird nun gerechnet und wie sollte gerechnet werden? Die Herstellung des Blättchens kostet heute soviel Tausende als früher Hunderte Mark. Innerhalb der großen allgemeinen Summe, welche die Gesamtverteilung des Buches kostet, spielt die Honorarsumme für den Autor eine lächerlich geringe Rolle. Ob Herr Reclam 100 Mk. oder 200 Mk. in diese Gesamtsumme mit hineinkalkulieren muß, ist selbst bei kleinster Kostenaufstellung fast belanglos. Dennoch aber — und darin liegt das Verbrechen des gegenwärtigen kapitalistischen Produktionsystems gerade im Verlagsgeschäft, das an den geistigen Arbeitern verübt wird — hält man die Autorenhonoreare auf einem Niveau, auf dem es überhaupt keine Bedeutung für den Gesamtkauf mehr hat. Es sind nicht nur Sozialisten, die deshalb, wegen dieser schändlichen Profitgier, den Privatunternehmer aus der Buchproduktion ausgeschaltet wissen wollen. Der Offene Preiskampf zwischen einem bekannten Leipziger Gelehrten und einem bekannten Leipziger Großverleger, der vor einem Jahre im gutbürgerlichen Leipziger

Tageblatt veröffentlicht wurde, bewegte sich auch um diese Forderung. Der Verleger hat dabei nicht den Sieg davongetragen.

Herr Reclam zieht schließlich recht unangebrachte und recht ungeschickliche Vergleiche zwischen seinem reinen Verlagsgeschäft und dem Zeitungsbetrieb. Daß die Zeitungen im heutigen Zustand der Dinge finanziell ihr Rückgrat im Interesse zu wesen haben, das aber durch Krieg und Revolution fast ganz zusammengebrochen ist, scheint er nicht zu wissen. Daß zum Beispiel ein großes Leipziger Blatt seinen Abonnenten fast genau soviel an Rohpapier lieferte, als sein Abonnementspreis betrug und das nur konnte, weil es eben am Inzeratenwesen die verdiente, weiß jeder Fachmann im Druckerelgewerbe, nur scheint Herr Reclam nicht. Wenn also die Zeitungen nach der gewaltigen Beschränkung des Inzeratens durch die Warenknappheit ihre Abonnementspreise herausheben müßten, so hat das gar nichts zu tun mit der Verteuerung und Verteuerung im reinen Verlagsgeschäft. Hinzukommt, daß für die Herstellung von Zeitungen auch eine ganze Reihe anderer Dinge, Fernsprechbetrieb, Postbetrieb, Ansträgerstoffe eine Rolle spielen, die gar keinen Anlaß zum Betrieb eines Verlagsgeschäftes zulassen.

Herrn Reclam persönlich beschäftigen wir gern, daß die Reclam-höher seines Verlages eine kulturelle Leistung darstellten, die zu fördern aller Art vorhanden wäre. Eben aus diesem Grunde entsprang auch unsere Kritik einer berechtigten Sorge um diese Kulturleistung. Wenn Herr Reclam jun., wie er selbst verspricht, das Werk seines Verlages dem deutschen Volk ernsthaft erhalten will, so sind wir die ersten, die das aufrichtig begrüßen.

Wie Schriftsteller und Autoren über die Zustände unseres Verlagsgeschäfts und auch unsere Kritik daran denken, geht aus folgender Zuschrift hervor, die wir dieser Tage erhielten: „Angeregt durch den Artikel: „Der Streik der Geistesfabrikanten“ fühlte ich mich gedrungen, einige weitere Ausführungen hinzuzufügen.“

Wie werden sie gefoltert, diese Bücherbarone: Reclam, Bong, Kfflein, Götz und wie sie alle heißen. Wie schlagen die Wäldchen Tamtam, wenn die Dunalelo eines solchen Buchmagnaten ein Herrscherjubelium in die Welt hinausposaunt. Dann sind es die Träger deutscher Kultur, die geistigen Bannerträger des Dichters und Denkerpostes. Und in Wirklichkeit?

Wie wenige von ihnen gehen darauf aus, die Werke der Schriftsteller von vornherein durch billige Postausgaben der breiten Masse zugänglich zu machen, nicht erst, wenn der anerkannte Autor am Grabesrande steht und jahrelang die Früchte seines Schaffens in Folge ihrer zu hohen Preise nur bevorzugte Klassen kaufen können.

Zerstreuen, an dem „deutschen Wesen die Welt genesen soll“, die aber sogar mit Umgehung des Urhebergesetzes den deutschen Schriftsteller ruhig verhungern lassen möchten, haben wir genug.

Welche Erfahrungen in den bisherigen 15 Jahren meines schriftstellerischen Tätigkeits könnten Hände füllen.

Ein Beispiel nur für die Kriegszeit: Vor dem Kriege schon blühte der freie, fröhliche, unbedachte Nachdruck, wie sehr er auch von unsern Fachvereinen, allen vora vom Allgemeinen Schriftstellerverein, sich Berlin, verfolgt wurde. Während des Krieges aber wurden die Verhältnisse undenkbar. Das Vorgehen der Bildungsmonopolisten kam gen Himmel. Der Laie weiß davon nichts. Aber werft einen Blick in unsere Schriftstellerorgane und ihr werdet die deutsche Verlagskaputte kennenlernen. „My, der Kunstwart!“, lästert ehrentreulich das literarische polierte Publikum und knickt schon ehrfürchtig im europäischen Höflichkeitselement zusammen. „Ja, der Kunstwart“, lacht auch ich, aber nur mit bedauerlichem Achselzucken. Im Oktoberheft des Kunstwart 1914 er-

Nützliche Bekanntmachungen.

Die Vermietung von Mietwohnungen betr.
Zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern haben wir als Schlichter nach § 13 der Ordnung, die Vermietung von Mietwohnungen außerhalb der Gemarkung betr., Herrn Stadtmann Dr. Hüfner und als seinen Stellvertreter Herrn Stadtmann Dr. Niedenflügel bestimmt. Einer dieser Herren ist an den Wochentagen ständig im Neuen Rathaus in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 11 Uhr nachmittags anzutreffen.
Leipzig, am 12. August 1920.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Maus- und Rattenplage ist im Grundstück Werderstraße 8 in L. Wobls ausgebrochen. Gemäß §§ 161 und 165 der Bundesratsvorschriften vom 7. Dezember 1911 zum Abschleichen- und § 41 der Sächsischen Ausführungsverordnung vom 7. April 1912 wird das Grundstück Werderstraße 8 als Sperrbezirk und der 30. Polizeibezirk als Beobachtungsgebiet bestimmt.
Leipzig, am 17. August 1920. G. A. 1.
Der Rat der Stadt Leipzig.

Kapitalistische Kolonie oder Sozialistisch. Wirtschaftsbund

Die Zukunft Europas.
Von Hans Hugo Freund, Nürnberg.
Preis: Mark 2.50 (Organisationen erhalten Rabatt). Neu erschienene Schrift, die gerade für die augenblicklichen weltwirtschaftlichen Probleme von äußerster Wichtigkeit ist.
Verlagsgenossenschaft „Der Kampf“
Ersch. G. m. b. H.
München, Schellingstr. 39. Postcheckkonto 17275

Billige Trauringe! Echt Gold
gesetzl. gestempelt (533) M 65.—, (585) M 155.— mit Gravurung. Zusendung von Mustergrößen kostenlos.
A. Conrad, Goldwaren, Selbendorferstr. 1. S.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zentrale Leipzig
Bureau: Werderstr. 1, II., Hotel Victoria, Zimmer 16-18 und 20-24. Geschäftsstelle: Zimmer 16-18 von 9-12 u. 4-6 Uhr, Sonntags von 9-3 Uhr. Zimmer 20 von 1-3 Uhr, Sonntags von 1-3 Uhr.
Büro stellen Mitglieder des Verbandes in es nachzuden, die Geschäftsstelle auch persönlich einsehen.

Ristenmacher. Freitag, den 20. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Mittellag. **Branchen-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag über: Die Aufgaben der Ristenmacher in neuer Zeit. 2. Branchenangelegenheiten. Erhalten in neuer Zeit. 3. Branchenangelegenheiten. Erhalten in neuer Zeit. 4. Branchenangelegenheiten. Erhalten in neuer Zeit.

Bildbauer aller Branchen. Sonnabend, den 21. August, abends 8 Uhr, im Volkshaus; **Branchen-Versammlung.** Tagesordnung: 1. Gewerkschaftliches. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 4. Branchenangelegenheiten. 5. Branchenangelegenheiten. 6. Branchenangelegenheiten.

Die Kollegen und Betriebsräte des Ostens holen ihre Marken ab 27. August im Restaurant Saxonia, Ecke Silberberg- und Konradstraße.

Trauringe Gold
Gustav Kaniss
Täucher Str. 6.
Leinwandstr. 10
aar. rein, per Kilo 80 Mk.
Sireisfertige
Gel- u. Lackfarben
Biederensqualität, empfohlen
L. O. Kaspar Nacht.
L. Blagwitz.
Bismarckstr. 30.

Fruchtpressen
die besten und billigsten
Schneid- und Reibmaschinen
f. Kraut, Bohn, Rartoff, usw.
Johann Wörl, Querstr. 6, III. L.

Haut-, Geschlechts- u. Nervenkrankheiten
behand. Dr. med. Dori, nicht
appropriet. Mittl. naturw.
Geleitsch. Leipzig, Kurprinzstr. 8.
Sprechst. von 11-2 u. 4-6 Uhr.

Offene Beine, untere Extremitäten
Krampfadern, Schwellen,
nach bewährter Methode
Wohlherd, Hauptmann,
L. Wobls, Markbühlstr. 2,
Straßenbahn 8. Sprechst.
10-1, 3-5. Sonnt. vorm.

Inzerate sind nicht an
die Redaktion
sondern an d. Expedition d.
Leipz. Volkszeitung zu richten.

Die Freude des Qualitätsrauchers ist die MANOLI Zigarette

Das neue Sortiment reißt sich würdig denen der Vorträge. Die edlen orientalischen Tabake, welche ausschließlich zur Verwendung kommen, geben den Manoli-Zigaretten das ihnen eigene prächtige Aroma und den delikaten reinen Geschmack. In ihren vorzüglich künstlichen Packungen stellen sie ein deutsches Qualitäts-erzeugnis ersten Ranges dar.

- Rapier 25s
- Mosalk 30s
- Diva 40s
- Heliotrop 50s
- Montebello 50s
- Klasse 60s
- Parkschloß 70s
- Suggestion 70s
- Pastell 80s

